

2000
2007

Landeszentrale für politische Bildung Hamburg
JAHRESBERICHT 2007



Landeszentrale
für politische Bildung
Hamburg


Hamburg
Behörde für Bildung und Sport
Amt für Bildung

Jahresbericht 2007
Landeszentrale für politische Bildung

2006
2007



Landeszentrale
für politische Bildung
Hamburg



Hamburg
Behörde für Bildung und Sport
Amt für Bildung

.....

.....

Inhalt

Der Beutelsbacher Konsens:	
Basisregeln für die politische Bildung	5
Vorwort	7
Aktivitäten der Landeszentrale	
• Die Landeszentrale in Zahlen und im Überblick.....	20
• Der Infoladen	22
• Angekaufte Publikationen.....	24
• Eigenpublikationen.....	28
• Internetauftritt	31
• Mitarbeit in behördlichen und außerbehördlichen Gremien und Institutionen	32
• Veranstaltungen	34
• Wahlrechtsseminare	38
• Rathausseminare.....	39
• Schüler- und Schülerinnenseminare.....	40
• Öffentlichkeitsarbeit	41
• Förderung der politischen Bildung: an anerkannte und nichtanerkannte Bildungsträger.....	42
• Zuwendungen an nicht anerkannte Bildungsträger.....	44
Selbstdarstellung der anerkannten Bildungsträger	
• ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.	48
• Arbeit und Leben Hamburg e. V.	50
• Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	52
• Haus Rissen Hamburg, Internationales Institut für Politik und Wirtschaft	54
• Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung	56
• Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt	58
• Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.	60
• Die Neue Gesellschaft e. V.....	62
• Staatspolitische Gesellschaft	64
• <i>umdenken</i> Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e. V.	66
• ver.di Bildungswerk Hamburg e. V.	68
• Verein für politische Bildung e. V.....	70
• Volkshochschulverein Hamburg-Ost e. V.	74

Politische Bildung

– Lernen bewegt Generationen –



HAMBURGER VOLKSHOCHSCHULE

„Gesellschaft und Politik“ an ihrer VHS

Kurse, Wochenendseminare, Bildungsurlaube:

Aktuelle Politik
Geschichte
Pädagogik / Psychologie
Philosophie / Religion

Spezielle Angebote:

für Jugendliche (Junge VHS)
für Frauen
für ältere Menschen/ 55+

Die Gedenk- und Bildungsstätte „Israelitische Töchtererschule“ zur jüdischen Geschichte und Kultur bietet Kurse, Führungen und eine Dauerausstellung über das ehemalige jüdische Schulleben am Grindel.

Alle Angebote mit
aktuellem Belegungsstand unter:

www.vhs-hamburg.de

Monatliche Infos und viele Vorteile im
VHS-Newsletter – abonnieren lohnt
sich:

**[www.vhs-hamburg.de/
newsletter](http://www.vhs-hamburg.de/newsletter)**

 Hamburg

Der Beutelsbacher Konsens

Basisregeln für die politische Bildung

Der Beutelsbacher Konsens legt die Minimalbedingungen für die politische Bildung fest. Er beruht auf einer Tagung der Landeszentrale Baden-Württemberg, die im Herbst 1976 stattfand. Der Beutelsbacher Konsens betont die Prinzipien der politischen Bildung

1. Überwältigungsverbot

Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbstständigen Urteils“ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

2. Was in der Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen

Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen

und sozialen Herkunft her fremd sind. Bei der Konstatierung dieses zweiten Grundprinzips wird deutlich, warum der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung verhältnismäßig uninteressant werden. Um ein bereits genanntes Beispiel erneut aufzugreifen: Sein Demokratieverständnis stellt kein Problem dar, denn auch dem entgegenstehende andere Ansichten kommen ja zum Zuge.

3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren

Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was aber eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. Der in diesem Zusammenhang gelegentlich – etwa gegen Herman Giesecke und Rolf Schmiederer – erhobene Vorwurf einer „Rückkehr zur Formalität“, um die eigenen Inhalte nicht korrigieren zu müssen, trifft insofern nicht, als es hier nicht um die Suche nach einer Maximal-, sondern nach einem Minimalkonsens geht.

(Zitiert aus: Hans-Georg Wehling in:
Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.):
Das Konsensproblem in der politischen
Bildung. Stuttgart 1977.)



Der große Veranstaltungskalender für Euch:
www.kinder.hamburg.de



Langeweile gibt's woanders.
 Das volle Programm gibt's hier!

Jugendinformationszentrum (JIZ) Behörde für Bildung und Sport
 Steinstraße 7 | 20095 Hamburg | redaktion@kindernetz-hamburg.de



DER HAMBURGER JUGENDSERVER

Ihr habt die Fragen ... wir haben die Antworten!

VERANSTALTUNGEN NEWS LWK-TIPPS MATERIAL PUNKTWAHR ARCHIV WFGS-KOMPAKT

Suche Suchen

Ausbildung

Ausland

Bildung & Beruf

Freizeit & Sport

Freizeit

Medien & IT

Reisen

Wohnen

Zirkus & Zirkus

Jugendkulturfest

Jugendtreffs

Online-Dinge

Serviceleistungen

JIZ-Infoticker



Wortwechsel Wettbewerb für
 deutsche und französische
 Schülerzeitungsredaktionen
 Am 27. Januar 2008 findet das
 deutsch-französische Jugendforum
 (JDFJ) in Zusammenarbeit mit der
 Jugendpresse Deutsch und die Aktion
 "Wortwechsel" - Preiswettbewerb für
 deutsche und französische Schülerzeitungen



Haber Wettbewerb
 - Eine Mischung aus 40 Stunden - Das
 Sommerfestival am 10. & 11. August und
 Ausstellung 18. März und das Museum für
 Naturkunde der Humboldt-Universität
 zu Berlin laden zur Teilnahme am Sommerfest, vom 12. bis 13. März

Kinder- und Jugendhotline: Telefon 040-420-400 (kostenlos bis 18 Uhr)



hamburg.de

Kontakt Über uns Impressum Leo & Tobi Sitemap History Newsletter



Für das Jahr 2007 legt die Landeszentrale für politische Bildung ihren Jahresbericht erstmalig in einer neuen Form vor. Gemeinsam mit den anerkannten Trägern der politischen Bildung in Hamburg hat sie sich entschieden, eine Gesamtvorstellung der von der Behörde für Bildung und Sport über die Landeszentrale für politische Bildung unterstützten politischen Bildungsarbeit zu präsentieren. Damit soll die gesamte Breite politischer Bildung in Hamburg vorgestellt werden, soweit sie von der Landeszentrale für politische Bildung als der zentralen Dienstleistungs- und Service-Einrichtung für die politische Bildung in Hamburg finanziert wird und für alle Teile der Bevölkerung offen steht.

Dabei wird deutlich, dass die Veranstaltungen und Projekte der Landeszentrale für politische Bildung stets im Zusammenhang mit den Angeboten der anerkannten Bildungsträger gesehen und bewertet werden müssen. Die Landeszentrale für politische Bildung tritt nicht als Konkurrentin der anerkannten Bildungsträger auf. Sie erweitert und strukturiert mit ihren Veranstaltungsangeboten die Angebotspalette der von ihr finanzierten politischen Bildung in Hamburg.

Mit ihrem Publikationsangebot ist die Landeszentrale die einzige Institution der politischen Bildung in Hamburg, die der Hamburger Bevölkerung durch den *Ankauf von Publikationen* sowie durch die *Herausgabe von Eigenpublikationen* politische Themen vermittelt.

Die Einzelvorstellungen der 13 anerkannten Bildungsträger finden Sie in alphabetischer Reihenfolge ab Seite 47. Die von der Landeszentrale für politische Bildung im Jahr 2007 geförderten nicht anerkannten Träger der politischen Bildung werden mit ihren von der Landeszentrale geförderten Veranstaltungen und Projekten ab Seite 44 aufgelistet.

Alle von der Landeszentrale für politische Bildung geförderten Bildungsträger müssen ihre Veranstaltungen dem Verein Weiterbildung Hamburg e. V. melden, damit er die Angebote auf seine Kursdatenbank Wisy (www.weiterbildung-hamburg.de)

einstellen kann. Damit hat die Hamburger Bevölkerung die Möglichkeit, sich über alle Maßnahmen der politischen Bildung in ihrer Stadt zu informieren. Diese Kursdatenbank wird von der Abteilung Weiterbildung der Behörde für Bildung und Sport finanziert. Die Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung ist zugleich Leiterin der Abteilung Weiterbildung der Behörde für Bildung und Sport.

Der Verein Weiterbildung Hamburg e. V. garantiert darüber hinaus mit der Verleihung seines Prüfsiegels, das alle von der Landeszentrale für politische Bildung geförderten anerkannten Bildungsträger tragen müssen, einen gleichbleibend hohen Maßstab der Weiterbildung in der Stadt und trägt maßgeblich zu Qualitätssicherung und zum Verbraucherschutz bei.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat im Jahr 2007 einige Schwerpunkte ihrer Arbeit neu bewertet und entsprechende Veränderungen vorgenommen (zum Bereich Förderung der politischen Bildung siehe Seite 43). Dazu gehört zentral eine Neuausrichtung des Serviceangebotes im Informationsladen der Landeszentrale. Hier wurde eine Fachlehrerin gewonnen, um eine kompetente Beratung der Kundinnen und Kunden sicher zu stellen. Didaktische und inhaltliche Fragen für den Einsatz der Bücher, Broschüren und Materialien können so in Zukunft noch direkter beantwortet werden.

Mit den Bereichen „Neues Wahlrecht“ und „Stolpersteine in Hamburg“ hat die Landeszentrale zwei auf den ersten Blick völlig verschiedene Schwerpunkte gesetzt. Letztlich sind beide Schwerpunkte aber dem grundlegenden Ziel der Demokratiebildung tief verpflichtet und berühren damit Grundlagen politischer Bildung.

Mit den Informationsbroschüren und einer Vielzahl von Schulungsveranstaltungen zum neuen Wahlrecht in Seniorenheimen, Bürgervereinen, Volkshochschulen, Schulen und anderen Einrichtungen wurde den Bürgerinnen und Bürgern das neue Wahlrecht erläutert. Die Einrichtung des beliebten Internet-Tools „Wahl-O-Mat“ und die Förderung eines Handygames „Neues Wahlrecht“ komplettierten das Angebot der Landeszentrale zur Hamburg-Wahl 2008.

Die 2007 betriebenen intensiven Vorbereitungen zur Herausgabe des ersten Bandes einer Publikationsreihe, die den Biographien der Opfer nachspürt, für die in Hamburg Stolpersteine verlegt sind, und zu einer Datenbank, die alle in Hamburg verlegten und geplanten Stolpersteine (www.stolpersteine-hamburg.de) aufführt und die im Januar 2008 online ging, prägten den Schwerpunkt Demokratiebildung und Nationalsozialismus. Die Kooperation mit einer Vielzahl von Geschichtswerkstätten, Kulturvereinen und einzelnen Autorinnen und Autoren zeigen die Möglichkeiten großer Gemeinschaftsprojekte im Schnittpunkt politischer, historischer und kultureller Bildung in dieser Stadt.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt war in 2007 das Thema „Klimawandel“. Die Landeszentrale für politische Bildung stellte diverse Publikationen zum Thema bereit und veröffentlichte gemeinsam mit der Senatskanzlei einen in deutsch-englisch verfassten Begleitband zur Hamburger METREX-Konferenz zum Klimawandel. In diesem Band stellen einzelne europäische Metropolregionen praktische Beispiele vor, wie sie zur Reduzierung von CO²-Emissionen beitragen. Außerdem führte die Landeszentrale für politische Bildung eine gut besuchte Vortragsreihe zum Thema Klimawandel durch.

Eine zentrale Bedeutung in der ersten Jahreshälfte 2007 nahm der Festakt zum 50jährigen Bestehen der Landeszentrale (gegründet als Kuratorium für staatsbürgerliche Bildung) ein. Begründet im Dezember 1956 im Gefolge eines Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder zur Gründung von Landeszentralen für die politische Bildung steht die Hamburger Landeszentrale nicht nur für die Veränderungen politischer Bildungsarbeit über diesen langen Zeitraum. Sie dokumentiert mit ihren gewandelten Schwerpunktsetzungen, Zielgruppen und Methoden auch den politischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandel in Hamburg wie in der gesamten Bundesrepublik.

Die Landeszentrale für politische Bildung dankt den 13 anerkannten Trägern der politischen Bildung in Hamburg für ihre Kooperation bei der Erstellung dieser

Broschüre. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass ihr Engagement für eine pluralistische politische Bildung in der Stadt deutlich wird und sich zugleich viele Interessierte angesprochen fühlen, sich bei den angegebenen Adressen und auf den Websites der Bildungsträger über deren Angebote zu informieren.

Den Kundinnen und Kunden der Landeszentrale sei für Ihre stete Werbung für unsere Angebote, für konstruktive Anregungen und Kritik und für Ihr beständiges Interesse gedankt, ebenso den Kooperationspartnern in Institutionen, Vereinen und Verbänden in der Stadt. Und nicht zuletzt sei dem Beirat der Landeszentrale für seine aktive Unterstützung und Begleitung herzlich Dank gesagt.

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann

Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung
und der Abteilung Weiterbildung der Behörde für Bildung und Sport

Auszüge aus der Rede der Leiterin der Landeszentrale, Dr. Sabine Bamberger-Stemmann, anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Landeszentrale für politische Bildung (Kuratorium für staatsbürgerliche Bildung), 13.04.2007, Großer Festsaal Rathaus. (Der vollständige Text der Rede ist unter www.politische-bildung.hamburg.de abrufbar.)

Glück sei die Freiheit, ohne Angst zu leben, so Walther Rathenau, Außenminister der Republik von Weimar, Großindustrieller, Förderer der Künste, deutscher Jude und jüdischer Deutscher, geboren vor 140 Jahren und vor 85 Jahren von rechtsextremen Freikorpskämpfern ermordet wie so viele politisch Denkende und Handelnde in den ersten Jahren Weimars.

Glück sei die Freiheit, ohne Angst zu leben: Dies scheint auf den ersten Blick ein enger Begriff des Glückes zu sein – doch wenn wir ihn ein wenig genauer betrachten, so zeigt er eine ganz besondere Qualität von Leben, von Mitmenschlichkeit, von Verantwortung und von Staatlichkeit auf.

Angst ist zuallererst ein individuelles Empfinden, eine Abwehr von etwas Negativem, etwas Unsteuerbarem, etwas Bedrohlichem. Glück kann dann so etwas wie das Gegenteil von Angst sein: ein individuelles Empfinden, die Reflexion von etwas Positivem, unsteuerbar auch, aber in Prozess oder Ergebnis einer Interaktion eines Menschen mit seinem Dasein oder seiner Umgebung etwas positiv Besetztes. Freiheit ist ein hohes Gut; es gibt individuelle Frei-

heit, die Freiheit als Gegenteil von gefangengesetzt zu sein, die Freiheit im Denken, die im Handeln. Meinungsfreiheit, Gedankenfreiheit, Wahlfreiheit (...), die Freiheit höchst unterschiedlicher Auffassung, daraus dann die Freiheit zu partizipieren, mitzugestalten – auch dazuzugehören kann Freiheiten eröffnen.

Nicht zu etwas zu gehören – zu einer Gesellschaft, einer Gruppe von Staatsbürgern, einer Stadt – kann Unfreiheit bedeuten. Seit der Aufklärung wissen wir, dass Freiheit für den Einzelnen und die Einzelne ein Menschenrecht ist. Wenn wir Freiheit für Menschen, für eine Gesellschaft, für die Bürgerinnen und Bürger in einer Stadt haben wollen, wenn wir Freiheit als ein untrennbares Gut eines jeden Individuums bewerten, als Teil seiner Würde, dann müssen wir auch etwas für diese Freiheit tun.

Glück ist die Freiheit ohne Angst zu leben, das bedeutet nicht ein Abwarten des Menschen auf einen glücklichen Zustand, einen ihn befriedigenden Zustand, einen ihn absichernden Zustand, der von außen, von höheren Mächten hergestellt zu werden habe. Der Mensch wäre ohne Einfluss auf dieses Glück, auf diesen angstfreien Zustand. Ich habe vor einigen Tagen bei einer Feier von einigen Jugendlichen den Spruch gehört: „Heute wollen wir Spaß und morgen Sicherheit“. Ein großer Anspruch, ein Anspruch ohne Eigenleistung, ohne Adressat. Ein von Staat und Gesellschaft losgelöster Anspruch, der nicht nur das Wissen um eigene Verantwortung vermissen lässt, sondern auch das Wissen um eigene Mitwirkungsmöglichkeit.

Politische Bildung muss gerade *dieses Wissen um die eigenen Mitwirkungsmöglichkeiten* den Menschen in unserer Gesellschaft transportieren. (...) politische Bildung soll Wahrnehmungsräume eröffnen – nicht Menschen Kenntnisse aufzwingen, die sie vielleicht möglichst schnell wieder vergessen wollen.

Mit Wahrnehmungsräumen meine ich die Vermittlung von Möglichkeiten der eigenen *Teilhabe* an einem Staat und einer Gesellschaft. Die Vermittlung von Wissen, das so praxisorientiert daherkommt, dass es quasi die Botschaft „damit kann ich etwas anfangen“, „das nützt mir“ gleich mitbringt. Politische Bildung soll Engagement befördern, soll Integration mittragen, soll berufliche und allgemeine Fragen des Arbeits- und gesellschaftlichen Lebens verbinden helfen und im Idealfall mit diesen gemeinsam transportiert werden.

Mit Wahrnehmungsräumen meine ich auch, dass politische Bildung Türen öffnen soll zu kritischen Fragen, zu Protest, zu Analyse der eigenen Situation in einem Staat und einer Gesellschaft, zum Aufbau von Empathie gegenüber den Situationen anderer. (...)

Gerade hier im großen Festsaal des Rathauses sollten wir uns die Vorteile einer modernen emanzipierten Bürgergesellschaft sehr deutlich vor Augen führen. Nur aus der individuellen Verantwortung des Einzelnen entsteht letztendlich sein Gefühl, sich selbst, seine Familie, seine Freunde in dieser Gesellschaft aufgehoben zu finden. Streiken, protestieren, sich äußern, partizipieren, wählen und sich wählen lassen sind Teile von eigenen Gestaltungsmöglich-

keiten. Wenn die Hamburger Volkshochschule Müttern mit nicht deutscher Muttersprache Deutschunterricht erteilt und dies während der Schulzeit ihrer Kinder in engster Nachbarschaft zu deren Schule – so zeigt sie damit diesen Müttern, die zum Teil aus völlig anderen kulturellen und religiösen Lebenswelten stammen und einen schwierigen Spagat zwischen dem Land ihrer Herkunft und Hamburg vollziehen müssen, welches Bild einer gleichberechtigten Gesellschaft in Deutschland gelebt wird – sagen wir es vorsichtiger: gelebt werden soll.

Politische Bildung, Weiterbildung in all ihren Teilen und Kultur für alle Teile unserer Gesellschaft tragen ein wesentliches Maß zu dieser emanzipierten Bürgergesellschaft bei. Nur eine solche Gesellschaft – und darauf baut die Arbeit der Landeszentrale – (...) ist dann in der Lage, verschiedene Lebensformen zu integrieren, Toleranz zu üben und Menschen zu einem Leben ihren Möglichkeiten und ihren Anschauungen gemäß zu befähigen.

Politische Bildung in Hamburg bedeutet zum einen (...) eine politisch unabhängig, also überparteilich agierende Landeszentrale für politische Bildung, mit Eigenprogrammen, mit Kontakten und Kooperationen in die gesellschaftlichen Räume hinein, in die wissenschaftlichen Institutionen dieser Stadt und darüber hinaus mit einem Laden als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger.

Politische Bildung bedeutet aber auch eine plurale Landschaft von Bildungsträgern, von Bildungseinrichtungen, die jeweils eigene politisch-gesellschaftliche Entwürfe vertreten, Bildungsprogramme ent-



Büchertisch vor dem Großen Festsaal



Das Hamburger Rathaus



Begrüßung durch
Frau Dr. Bamberger-Stemann



Gäste im Großen Festsaal des Hamburger Rathauses

sprechend gestalten und die verschiedensten Zielgruppen in unserer Stadt ansprechen wollen.

Politische Bildung bedeutet Bildungsarbeit in der Schule, vielfach in enger Kooperation mit der Landeszentrale oder mit einzelnen Bildungsträgern.

Politische Bildung ist Teil der Integration von Migrantinnen und Migranten, sie soll einen Blick eröffnen in unser Gesellschaftssystem, in Werte und Lebensweisen, mit denen die Migrantinnen und Migranten konfrontiert werden, in denen sie sich zurechtfinden sollen. Ob und wie weit sie sie für sich selbst annehmen wollen oder können, ist eine andere Frage (...).

Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sind *alle* – daher hat politische Bildung auch *alle* Menschen in dieser Stadt zu erreichen. Dass wir dabei nicht schablonenhaft Institutionenkunde präsentieren können, sondern konsequent zielgruppenaffine Angebote erarbeiten müssen, steht außer Frage.

Insgesamt muss politische Bildung angebotsorientiert arbeiten. Sie soll Menschen anregen, sie muss sie aufsuchen, indem sie sie interessiert. Andererseits: Nachfrage generiert Angebote – auch das ist richtig, doch gilt dies nachweisbar nur für einen kleinen Teil von Menschen, für diejenigen nämlich, die ein persönliches und aktiviertes Interesse an Weiterbildung haben – motiviert durch eigene Überzeugung, durch berufliche Notwendigkeiten oder ehrenamtliches Engagement.

Der Kunde politischer Bildung ist immer die und der Einzelne; wo wir diesen Kunden abholen, wo wir also Menschen zum Weiterlernen animieren, das ist

sehr individuell. Politische Bildung und diejenigen, die sie vertreten, haben letztlich die Aufgabe, den Menschen in dieser Stadt den Blick über den individuellen Tellerrand zu eröffnen. Politische Bildung muss es als ihre Aufgabe ansehen zu verhindern, dass Menschen sich aus dem Staat und der Gesellschaft, in der sie leben, zurückziehen. (...)

Das zweite Stichwort ist *Mitbürgerlichkeit*. In Schleswig-Holstein steht dieser Begriff im Übrigen in der Gründungsakte der Landeszentrale. Die Partizipation des Einzelnen an dem Gemeinwesen, die Mitwirkung für den Anderen ist das Stichwort und diese Mitbürgerlichkeit setzt Integration frei – und zwar für alle Glieder dieser Gesellschaft in der Stadt: für die Alteingesessenen, die Migrantinnen und Migranten, Quiddjes, Senioren, Jugendliche, Behinderte, Studenten, Berufsschüler, Arbeitslose, Juden, Christen, Moslems etc. Doch wenn wir Mitbürgerlichkeit so betrachten, so hat auch politische Bildung ihren Teil als Glied der gesamtgesellschaftlichen Aktionsfelder zu leisten, um alle die benannten Gruppen und viele nicht benannte zu einem Mithandelnden zu machen, zu einem Mitträger der Gesellschaft.

Und hier setzt Mitbürgerlichkeit auch an: Wir haben davon auszugehen, dass unser demokratisches Staatswesen einen konstitutiven Charakter besitzt, der sich aus den Rechten des Individuums und der strikten Achtung und Wahrung dieser Rechte speist. Nicht eine abstrakte Institution ist diese Gesellschaft, sondern eine *res publica* als Summe ihrer Mitbürger, der Menschen, die in ihr leben. (...) Damit ist politische Bildung nicht allein Institutionenkunde (die frühere

Staatsbürgerkunde), um in einer abstrakten Staatlichkeit lebende Bürgerinnen und Bürger zu schulen und mit dem „richtigen“ Wissen und den „passenden“ Werten zu versehen. Vielmehr soll sie integrieren im wahrsten Sinne des Wortes, für die Gesellschaft „einnehmen“.

Wir brauchen hierfür eine plurale *und* eine parteipolitisch unabhängige politische Bildung, das sind zwei Seiten einer Medaille und (beteiligt sind ...) unterschiedliche Akteure. Der Beutelsbacher Konsens hilft uns dabei, indem er uns das *Toleranzgebot als Indoktrinationsverbot* auf die Agenda schreibt. Werte des Zusammenlebens, Werte der Mitmenschlichkeit, Werte der freiheitlichen Demokratie als Chancen für die Menschen in der Gesellschaft und zwar für jeden Einzelnen können nur im Diskurs erreicht werden, so besagt es dieser Grundkonsens der wissenschaftlich fundierten politischen Bildung in Deutschland. Dabei können und sollen Schwerpunkte gesetzt werden und zwar bei der politischen Bildung der Landeszentrale ebenso wie bei der Bildungsarbeit der freien Träger. Und nicht nur die knappen Kassen dürfen uns Schwerpunktsetzungen bei Bildungsinhalten oder Zielgruppenansprachen diktieren, sondern der Mut, Themen aus der fachlichen Kompetenz der Akteure als wichtig für die öffentliche Diskussion zu benennen – eben die wissenschaftliche Fundierung, die bereits seit den 1960er Jahren Kern der politischen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik ist.

Die Hamburger Landeszentrale für politische Bildung steht in einem besonderen Kontext: Es gibt in

dieser Stadt eine breite pluralistische Bildungslandschaft – 13 anerkannte Bildungsträger und eine Vielzahl von Initiativen, Vereinen und Verbänden – vom Stadtteilarchiv oder dem Schulverein bis zur Kirchengemeinde. Die Landeszentrale ist sowohl Förderin dieser anerkannten Bildungsträger als auch Anbieterin eigener politischer Bildungsprogramme. Sie setzt dabei Schwerpunkte in ihrer eigenen Arbeit und in der Förderung der Träger.

In Hamburg ist die Landeszentrale *Akteurin* mit eigenen Veranstaltungen, Programmen, eigenen und angekauften Publikationen und Infoladen. Sie ist zugleich *Mittlerin* als Kooperationspartnerin für Projekte mehrerer Hamburger Bildungs- und Forschungseinrichtungen, sie stellt Kontakte für Publikationen her, sie vernetzt Projekte. (...) Und sie ist *Zuwendungsgeberin* für die Mittel der politischen Bildung an die anerkannten und nicht anerkannten Träger in der Stadt.

Die Landeszentrale selbst arbeitet strikt angebotsorientiert. D. h. sie analysiert Themen aus der politisch-gesellschaftlichen Diskussion, aus den politikwissenschaftlichen, sozialwissenschaftlichen, historischen Diskursen und leitet daraus ihre Angebotspolitik ab. Das führt zu Schwerpunktsetzungen, die regional bezogen sind und zugleich dauerhafte Aufgaben darstellen wie z. B. die Information über Nationalsozialismus und Judenverfolgung sowie die Verfolgung Andersdenkender in den Zeiten des Dritten Reiches. Gleichzeitig besetzt die Landeszentrale Themen wie Integration, Migration und Nachhaltigkeit, um Publikationen für die Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen oder anzukaufen.

Eine Landeszentrale kann keine Einzelkämpferin sein. (...) Die Landeszentrale braucht die Kooperation mit Kolleginnen und Kollegen in Universitäten in der Bundesrepublik, mit Institutionen in Hamburg wie der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden, dem Deutschen Orient-Institut oder dem Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) und vielen weiteren nicht benannten Partnern. Die Umsetzung Ihrer Grundlagenforschung, liebe Kolleginnen und Kollegen, in die politische Bildung bzw. die gemeinsame Durchführung von Projekten sind wesentliche Bestandteile einer modernen und zukunftsgerichteten politischen Bildung für Hamburg. Die Landeszentrale fühlt sich mit Ihnen in hervorragender Zusammenarbeit!

Politische Bildung heute ist anders als Staatsbürgerkunde vor 50 oder 40, aber auch noch vor 30 Jahren. Sie ist die Summe *aller* Themen, die diese Gesellschaft ansprechen, die aus ihrer Mitte entstehen, die zum Zusammenleben der Menschen in dieser Stadt und darüber hinaus wichtig sind. Dass die Landeszentrale dabei die diskursive Wissensvermittlung ins Zentrum stellt und nicht die reine, z. B. präventive, Handlungsanleitung für den Einzelnen mag man streitig stellen; dass sie zuwenig Außenpolitik oder zuviel Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts mache, ebenfalls. Die Diskussion darüber, die an uns herangetragen wird, nehmen wir an – und wir führen sie. (...)

Die Grundlage von Freiheit ist Wissen. Wissen nicht (...) für eine kleine Bildungselite, eine Gelehrtenre-

publik, sondern eine Wissensgesellschaft in letztlich ureigner Form des Wortes. Es geht uns um das Wissen eines jeden Menschen, um den Wert seiner kleinen Welt, um die Bedeutung des demokratischen Staatswesens, des Stückes Sicherheit und der (vielfältigen) gesellschaftlichen Normenstrukturen, die ihn umgeben.

Dass dieses Wissen in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts immer schwieriger zu vermitteln ist, ist (...) ebenso unbestritten wie die Tatsache, dass gerade dieses Wissen zur Identitätsfindung des einzelnen beiträgt, zu seiner Verwurzelung in der Gesellschaft, in der er lebt. Ebenso, dass der und die Einzelne sich an dieser Gesellschaft reiben sollen, sich gegen sie stellen können und sollen, dass es ein Wert an sich ist, sich im kritischen Diskurs ebenso in die Gesellschaft einzubringen wie im Ehrenamt in Kammer, Verband, Feuerwehr, Verein oder Schullehrerbeirat. Gesellschaft hat diese unterschiedlichen Aktionsformen von Menschen in sich zu akzeptieren – das ist Freiheit. Und um diese Freiheit für den Einzelnen lebbar zu machen, muss er wissen, worüber er streitet, wofür er sich engagiert, wogegen er demonstriert. (...)

Wenn politische Bildung erst als Reparaturwerkstatt eingesetzt wird, dann ist sie fehl am Platze und dann wird sie erfolglos sein. Das Bewusstsein des Einzelnen über seine Rechte und seine Verpflichtungen – denn auch die gibt es ja unstrittig – in dieser Gesellschaft und dieser Stadt zu wecken, (...) das alles soll politische Bildung. Und das kann sie, wenn ihr und den Akteuren der politischen Bildung die Möglich-

keit dazu gegeben wird. Was ich jetzt sage, ist sicher durchaus kontrovers, ich glaube aber, es ist entscheidend: Ein Staat soll politische Bildung aus einer interessensfreien Sicht fördern. Was ich damit meine? Eine Gesellschaft und die Regierenden, die Opposition und diejenigen, die die Meinung öffentlich zu artikulieren vermögen, sollen Räume schaffen: Räume zum Lernen, Räume zum Vermitteln, Räume für eine pluralistische politische Bildung. Und Staat selbst soll sich zurücknehmen aus den Inhalten: Er muss Machbarkeiten bewerten, schließlich soll und will er sie finanzieren, er soll Qualität prüfen, aber er soll keinen Einfluss nehmen auf die Gesamtlandschaft der politischen Bildung.

Der Staat – und davon bin ich tief überzeugt (...) – soll sich und seinen Bürgerinnen und Bürgern einen der Parteipolitik fernen, einen neutralen Diskursboden ermöglichen, in dem auch reine Effizienzkriterien zurückgestellt werden gegenüber Bildungsinhalten, die Staat und Gesellschaft aushalten können müssen – solange sie sich auf dem Boden der verfassungsmäßigen Grundlagen bewegen natürlich. Das ist nicht Unverbindlichkeit und nicht Anarchie – das ist eine politische Bildung als staatliche Aufgabe, die Verantwortung übernimmt für die Pluralität in unserer Gesamtgesellschaft, die handelt im Wissen, dass Staat, Regierung, Opposition und Mainstream nicht *das* Wissen haben. Das ist kein herrschaftsfreier Diskurs – sondern es ist ein Diskurs mit gleichen Mitteln aller Beteiligten, egal in welcher Rolle, egal in welcher Verantwortung, egal mit welchen Wirkungsmöglichkeiten.

In diesem Kontext stellt die Gründung von Landeszentralen, der Bundeszentrale und hier in Hamburg des Kuratoriums für staatsbürgerliche Bildung vor z. T. mehr als 50 Jahren solch eine Leistung dar: Sie ist nämlich ohne Vorbild. Selbst in der Republik von Weimar war politische Bildung nicht zweckfrei, d. h. nicht ohne ideologische politische Lenkung. Und trotzdem benannte man die Bundeszentrale für politische Bildung bei ihrer Gründung „Bundeszentrale für Heimatdienst“ in ebenso direkter wie problematischer Kontinuität nach der Weimarer „Reichszentrale für Heimatdienst“. Auch in Weimar sollte die politische Bildung die Werte der Demokratie – des fundamental neuen Staatswesens – transportieren, sollte sie verteidigen helfen gegen massiv vorgetragene Angriffe von rechts und links. Wehrhaft sollte diese Demokratie aber auch nach außen sein, d. h. gegen die Grenzziehungen, gegen die Nachbarn – seit Locarno v. a. gegen jene im Osten. Politische Bildung in Weimar war gegen die Versailler Grenzen gerichtet, für Revision, für ein deutsches Volk mit einer Volksgemeinschaftsidee, aus deren extremen Rändern sich dann die massenweisen Anhänger des Nationalsozialismus speisten. (...)

Deutschland heute ist nicht Weimar – Wahlmüdigkeit heute ist nicht zugleich Abwehr der Demokratie – Kritik an Teilen unserer gesellschaftlichen Gegenwart ist nicht zugleich die Forderung nach einem Alternativmodell. Demokratie in Deutschland heute muss durch die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger untermauert sein, sich mit Demokratie auseinanderzusetzen. Festigung der Demokratie, Akti-

vitäten gegen Staats- und Gesellschaftsverdruss, müssen Freiheiten und freie Wege für eigene Gestaltungs- und Denkräume, für Handlungsfelder innerhalb der Gesellschaft eröffnen. Dann wird Gesellschaft, dann wird Staat weiterentwickelt, dann kann Staat sich auch neue Handlungsfelder erschließen. Erinnern wir uns nur daran, dass vor Černobyl Wenige Atomkritik ernst nahmen – realpolitisches Programm wurde sie später. Heute sind die Themen Umwelt, Ressourcensteuerung, Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen Teil politischen Tagesgeschäftes. Die Ursachen dafür werden manchmal vergessen – bemerkenswert gering waren die öffentlichen und veröffentlichten Stimmen zum Thema 25 Jahre Černobyl im vergangenen Jahr. Für mich, für meine Generation war Černobyl ein tiefer Einschnitt. Für die politische Bildung zeigen diese Ereignisse Möglichkeiten auf, aktuelle Nachfrage bei den „Kunden“ zu generieren, Menschen auf Themen aufmerksam zu machen – das ist Marketing politischer Bildung – und der manchmal erhobene Vorwurf einer Gedenktagheuberei verkennt diese Wirkung.

Unsere Stadt kann sich den mündigen Bürger leisten. Jeder Mensch muss nach seinen Möglichkeiten partizipieren können. Im Übrigen sprechen wir über eine Gruppe von Menschen in dieser Gesellschaft viel zu wenig, wenn es um politische Bildung oder Partizipation geht: über Menschen mit geistigen Behinderungen. Wir haben keine wirklichen Konzepte, Menschen mit geistiger Behinderung auch mit politischer Bildung zu konfrontieren. Unser behinder-

ter Nachbar darf wählen, aber er hat kaum eine Möglichkeit – außer aus gewissen Massenmedien – sich zu informieren. An dieser Stelle müssen wir etwas ändern. Wir sollten Konzepte für diese Zielgruppe der behinderten Menschen entwickeln – gerade im Hinblick auf unsere Vergangenheit und im Hinblick auf eine Zukunft, die wir auch in der politischen Bildung in den Diskussionen um Bioethik und pränatale Medizin längst erreicht haben. (...) Integration auch von behinderten Menschen funktioniert über Mitsprache; Exklusion über Nicht-gefragt-Sein, Nicht-mitreden-Dürfen, Nicht-beteiligt-Sein – Nicht-Wissen.

Wir erwarten von den Menschen heute lebenslange Qualifizierung – für den Beruf zumeist. Warum nicht auch lebenslanges Lernen für Demokratie? Gehen wir davon aus, dass Menschen sich durchaus an bequeme Zustände gewöhnen können, dann können sie sich auch an Demokratie gewöhnen – despektierlich gesagt: wie an den alten Pantoffel abends. Aber Menschen sollen sich nicht an Demokratie gewöhnen; sie sollen angeregt werden – ich betone ausdrücklich: nicht allein gelassen werden. Wenn wir davon ausgehen, dass man an etwas, an das man sich gewöhnt hat, vielleicht auch immer was zu kritisieren hat, dann soll diese Kritik (...) begleitet werden; dann soll es ein Angebot geben, das der und dem Einzelnen hilft, über Stammtischparolen hinaus sich zu beschweren und Änderungen zu fordern oder sich einzubringen.

Bereits im scheinbar Kleinen gibt es in dieser Stadt viele nachbarschaftliche Handlungen und Kontakte

(...). Der vielbeschworene „Kampf der Kulturen“ wird damit vor Ort als *das* untaugliche Programm entlarvt, das er ist, um Integration auch nur als Option anzudenken – wie sollen wir mit dieser Ideologie nach innen fähig sein, andersdenkende und andersgläubige Menschen zu beteiligen? Der 11. September sollte auch der politischen Bildung Anstoß zum Nachdenken über Gemeinsamkeiten sein, nicht über Trennendes. (...) Nachbar ist ein integrierender Begriff – und politische Bildung soll die Menschen ihrer Nachbarschaft, ihrer Mitbürger bewusst machen.

(Auch eine) Globalisierung in Wellen ist ein Phänomen, das uns seit Jahrhunderten begleitet hat – oder meinen wir ernsthaft, dass die Menschen in Europa im 15. und 16. Jahrhundert es für sich begriffen hätten, dass die Welt ihrer Zeit mit den sog. Entdeckungen größer, riesig geradezu wurde? Nur sind wir heute in der Lage, zumindest in den westlichen Industrienationen, dieses Wissen auch flächendeckend in Bildung umzusetzen. Auch hier hat politische Bildung anzusetzen und zumindest den Versuch zu unternehmen, Angst und Unbehagen durch die Freiheit der eigenen Bewertung zu ersetzen.

Politische Bildung der Landeszentrale und der freien Bildungsträger hat die Aufgabe, auf die jeweils eigene, beschriebene Weise, Menschen zu einem mitbürgerlichen, im Hier und Jetzt einer pluralistischen Gesellschaft und einer pluralistischen Stadt verantworten Handeln anzuregen, um mit den Nachbarn in der Stadt zu leben und zu arbeiten.

Das wehrt den kleinen und umso prekäreren, weil unauffälligen Absagen an die Freiheit. Zivilcourage,

ehrenamtliches Engagement, sich Beteiligen, Wählen, all dies gestaltet unsere Gesellschaft – gibt ansonsten theoretisch besetzten Werten einen Referenzrahmen. Vielleicht beginnen hier Würde und auch Glück: zu wissen, dass man nicht ausgeliefert ist, dass man handeln kann.

Aktivitäten der Landeszentrale

Die Landeszentrale in Zahlen und im Überblick 2007

Dauerhafte Aufgaben der Landeszentrale	Konzeption, Planung und Durchführung von Veranstaltungen	Eigenpublikationen	Auswahl, Beurteilung und Ankauf von Publikationen – Verbreitung im Infoladen, Teilnahme an den Publikationskonferenzen
Daraus abgeleitete Aktivitäten der Landeszentrale	33 Veranstaltungen Ca. 3.200 Besucher/innen	5 Eigenpublikationen	67 angekaufte Buchtitel 242 Buchtitel vorrätig 17.688 Besucher/innen des Infoladens
Personalbestand:	Vollzeit: Dr. Sabine Bamberger-Stemmann Leitung Landeszentrale für politische Bildung (50%). Leitung Abteilung Weiterbildung der Behörde für Bildung und Sport (4 Referate): – pol. Bildung (LZ); – Anerkennung von Bildungsurlaubsveranstaltungen; – Jugendinformationszentrum; – Allg. u. berufl. Weiterbildung (u. A. Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG.), Aufsicht VHS).	Vollzeit: Dr. Rita Bake Stellvertretende Leitung Landeszentrale für politische Bildung; Referatsleitung pol. Bildung, Auswahl, Beurteilung und Ankauf von Publikationen; Herausgabe, Redaktion u. Autorinnenschaft von Eigenpublikationen, Konzeption u. Planung v. Veranstaltungen, Haushalt, verantwortlich f. Infoladen, Zuwendungen nicht anerkannter und anerkannter Bildungsträger Stellvertretende Leitung Abteilung Weiterbildung der Behörde für Bildung und Sport	

Budget:

Fachaufgaben:	200.000,- EURO
Personalausgaben (Honorarkräfte):	15.000,- EURO
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben:	11.000,- EURO
Einnahmen in 2007:	17.300,- EURO
Förderung der pol. Bildung (Zuwendungen):	998.000,- EURO

Institutionenkundliche Seminare/
Veranstaltungen:
Schulen, Bundeswehr, Migrant/inn/en,
Senior/inn/en

Förderung der politischen Bildung –
Zuwendungen für 13 anerkannte
und in 2007 17 nicht anerkannte Bildungs-
träger

Bürgerinnen- und
Bürgerberatung,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ständig zu aktualisierender Internetauftritt (Veranstaltungs-
u. Publikationsverzeichnis), Newsletter
für Lehrer/innen,
Mitarbeit am Onlineportal aller Landes-
zentralen

Mitarbeit in behördl.
und außerbehördl.
Gremien

34 Schulungen mit
Powerpoint Präsentation zum neuen
Wahlrecht
21 inst.kundl. Sem.
4 Schülerseminare
50 inst.kundl. Seminare für Neubürger/
innen mit Migrationshintergrund (durchgeführt v. Verein
f. pol. Bildung im Auftrag der LZ)

(ca. 2600 Teilnehmende)

Fachliche Beurteilung von ca. 500
Anträgen der anerkannten
Bildungsträger und 51 Anträgen von
nicht anerkannten Bildungsträgern auf
Förderung von Veranstaltungen und
Projekten

Gesamtanfragen
ca. 8.000 (darunter telefonische, schriftl.
und Mails.)
13 Infostände (erreicht ca. 3500
Menschen)

73.167 Homepagebesuche
8 Newsletter (ca. 300 Empfängerinnen
und Empfänger pro Newsletter).
Monatl Newsletterbeitrag des
Onlineportals der Landeszentralen.
Neu: Rubrik Themen der Woche

0,77 Stelle:
Barbara Ottrand

wissenschaftl. Referentin,
Konzeption und Planung
institutionskundlicher
Veranstaltungen, Bundeswehr-
und Schülerseminare;
Zuwendungen anerkannter
Bildungsträger

Vollzeit:
Michael Hallmann

0,20 Stelle:
wissenschaftl. Referent (Zuwendungen
anerkannter Bildungsträger);
0,80 Stelle: Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit,
Fachberatung interessierter
Bürgerinnen und Bürger

0,50 Stelle:
Gabriele Druschka

Sachbearbeitung (Zahlungsverkehr)

0,50 Stelle:
Doris Brauer

Abteilungsassistentin/
Verwaltung,
Anteil für Landeszentrale:
0,25

Außerhalb des regulären Stellenplans

Vollzeit:
Maria Jilko

Sachbearbeitung und Lagerverwaltung/Logistik

Vollzeit:
Christine Greiner

0,50 Stelle: wissenschaftliche
Referentin für den Bereich
„Migration“

0,50 Stelle: Betreuung des
Infoladens

Vollzeit:
Silvia Stolzmann

Sachbearbeitung

Der Infoladen – 242 bereitgestellte Publikationen

In 2007 konnte das Publikum des Infoladens aus 242 verschiedenen Publikationen auswählen. Davon wurden im Jahr 2007 67 Titel erworben. Der Gesamtbestand betrug 111.680 Publikationen. 17.688 Hamburgerinnen und Hamburger nahmen das vielfältige Angebot des Infoladens der Landeszentrale in Anspruch.

Neben den kostenlos zur Verfügung gestellten Publikationen wurden auch die gegen eine Bereitstellungspauschale abzugebenden Bücher in großer Anzahl mitgenommen. Die Einnahmen aus diesem Buchsortiment betrugen 17.300,- Euro.



Um den Kundenservice zu erhöhen, wurden im Infoladen:

- ein Regal für Neuerscheinungen,
- eine Box für Anregungen und Beschwerden aufgestellt und
- ein Regal mit Ansichtsexemplaren der neuesten Erscheinungen der Bundeszentrale für politische Bildung eingerichtet.
- Außerdem liegt für alle zum Mitnehmen ein aktueller Ausdruck des auf der Homepage der Landeszentrale abzurufenden Publikationsverzeichnisses aus. So haben nun auch alle, die keinen Internetzugang haben, Zugriff auf das aktuelle Publikationsverzeichnis.
- In 2007 bekam der Infoladen eine neue wissenschaftliche Mitarbeiterin für die fundierte fachliche Beratung - auch in fachdidaktischen Fragen.
- Mit dem Infolyer „12 Fragen – 12 Antworten“ hat die Landeszentrale die meist gestellten Fragen zusammengetragen und gibt darauf Antworten.

Hier einige Fragen und Antworten aus dem Flyer:

Verfügt die Landeszentrale auch über das gesamte Buchangebot der Bundeszentrale für politische Bildung?

Nein. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach dem föderalen Prinzip aufgebaut. Das bedeutet, dass die Bundesländer weitgehend selbstständig sind. Dabei sind neben anderen Politikfeldern „Bildung“ und „Kultur“ Sache der einzelnen Bundesländer. Somit haben die Bundesländer jeweils eigene Landeszen-



Im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung

tralen. Die Bundeszentrale ist daher nicht die „Oberbehörde“ der Landeszentralen. Alle Landeszentralen haben ein eigenes Buchsortiment und halten daneben auch von der Bundeszentrale erworbene Publikationen bereit.

Kann ich Klassensätze oder mehrere Exemplare eines Titels mitnehmen?

Leider nein. Dies ist aus Kosten- und Lagerkapazitätsgründen nicht möglich. Es gibt Ausnahmen für folgende Publikationen:

- Die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg
- Das Schaubild „Freie und Hansestadt Hamburg: Parlament, Regierung, Verwaltung“

- Einblicke. Hamburgs Verfassung und politischer Alltag leicht gemacht.

Wie erfahre ich, welche einzelnen Buchtitel im Laden vorrätig sind?

Unter www.politische-bildung.hamburg.de finden Sie alle vorrätigen Publikationen sowohl alphabetisch nach Titeln als auch nach Sachthemen sortiert.

Angekaufte Publikationen

2007 erwarb die Landeszentrale 67 neue Buchtitel, die im Folgenden aufgelistet werden. Aus dieser Liste können Sie nicht entnehmen, wie „stark“ die einzelnen Themen durch Publikationen „abgedeckt“ werden, denn in dieser Liste werden nur die im Jahr 2007 hinzuerworbenen Titel aufgeführt.

Deutsche Geschichte/ Hamburgs Geschichte

- **Susan Campbell Bartoletti:** Jugend im Nationalsozialismus. Zwischen Faszination und Widerstand. Berlin 2007. (200 Exemplare)
- **Wolfgang Benz** (Hrsg.): Lexikon des Holocaust. München 2002. (300 Exemplare)
- **Christopher R. Browning:** Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen. Erweiterte Neuauflage. 4. Aufl. Reinbek b. Hamburg 2007. (200 Exemplare)
- **Entscheiden gegen das Schweigen.** 15 Jahre Einsicht in die Stasi-Unterlagen. Hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 2007. (100 Exemplare)
- **Hans-Hermann Groppe, Ursula Wöst:** Über Hamburg in die Welt. Von den Auswandererhallen zur BallinStadt. Hamburg 2007. (200 Exemplare)
- **Hambach 1832.** Deutsches Freiheitsfest und Vorbote des europäischen Völkerfrühlings. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Mainz 2007. (500 Exemplare)
- **Michael K. Nathan:** Kirschen auf der Elbe: Das jüdische Kinderheim Blankenese 1946–1948. Hrsg. vom Verein zur Erforschung der Geschichte der Juden in Blankenese, und Alice Krück vom Klaus Schümann Verlag. Hamburg 2006. (200 Exemplare)
- **Pocket Zeitgeschichte.** Deutschland 1945–2005. Braunschweig 2007. (300 Exemplare)
- **Bernhard Rosenkranz, Gottfried Lorenz:** Hamburg auf anderen Wegen. Die Geschichte des schwulen Lebens in der Hansestadt. 2. überarb. Auflage. Hamburg 2006. (200 Exemplare)
- **Edgar Wolfrum:** Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn 2007. (300 Exemplare)

Europapolitik/Europa

- **Marc Fritzier, Günther Unser:** Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Politiken. Bonn 2007. (500 Exemplare)
- **Eckart Gaddum** (Hrsg.): Europa verstehen. Handbuch zur Europäischen Union von A bis ZDF. München 2007. (500 Exemplare)
- **Das größere Europa.** (Der Bürger im Staat 1/2 2007. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.) (400 Exemplare)
- **Italien im Umbruch?** Zwischenbilanz nach einem Jahr unter Romano Prodi. (Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte. Themenheft 4/07.) (300 Exemplare)

- **Hartmut Kaelble:** Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart. Bonn 2007. (500 Exemplare)
- **Emanuel Richter:** 20 Fragen an Europa. Anleitung zu einer demokratischen Selbstbefragung. Opladen 2007. (300 Exemplare)

Geschlechterpolitik

- **Thea Dorn:** Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft v. Frauen gemacht wird. Bonn 2006. (300 Exemplare)
- **Ursula Röper, Ruth Hockenjos** (Hrsg.): Geschlechterrollen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen. Bonn 2007. (150 Exemplare)

Gewalt/Extremismus

- **Klaus Ahlheim** (Hrsg.): Die Gewalt des Vorurteils. Schwalbach 2007. (100 Exemplare)
- **Stefan Glaser, Thomas Pfeiffer** (Hrsg.): Erlebnisswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe, Methoden, Praxis der Prävention. Schwalbach 2007. (300 Exemplare)
- **Klaus-Peter Hufer:** Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus. Schwalbach 2006. (200 Exemplare)
- **Yassin Musharbash:** Die neue al-Quaida. Innenansichten eines lernenden Terrornetzwerks. Bonn 2006. (100 Exemplare)
- **Symbole u. Kennzeichen des Rechtsextremismus.** Hrsg. vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt. 3. überarbeitete Aufl. Magdeburg 2007. (1500 Exemplare)

- **Andres Veiel:** Der Kick. Ein Lehrstück über Gewalt. München 2007. (300 Exemplare)
- **Fabian Virchow, Christian Dornbusch** (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach 2008. (200 Exemplare)

Internationale Politik

- **Andreas Eckert:** Kolonialismus. Juni 2006. (200 Exemplare)
- **Erich Follath, Alexander Jung** (Hrsg.): Der neue kalte Krieg. Kampf um die Rohstoffe. Bonn 2007. (200 Exemplare)
- **Noah Flug, Martin Schäuble:** Die Geschichte der Israelis und Palästinenser. München 2007. (300 Exemplare)
- **Sven Bernhard Gareis, Johannes Varwick:** Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen. 4. aktualisierte und erweiterte Auflage. Opladen 2006. (200 Exemplare)
- **Volker Perthes:** Orientalische Promenaden. Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch. Bonn 2006. (200 Exemplare)
- **Stiftung Entwicklung und Frieden, Institut für Entwicklung und Frieden:** Globale Trends 2007. Frieden, Entwicklung, Umwelt. Bonn 2006. (50 Exemplare)
- **Weltentwicklungsbericht 2007.** Entwicklung und die nächste Generation. 1. Aufl. Düsseldorf 2007. (100 Exemplare)

Jugend –

Religion/Ethik/Werte – Politik

- **Julia Gerlach:** Zwischen Pop und Dschihad. Muslimische Jugendliche in Deutschland. Bonn 2006. (200 Exemplare)
- **Kinder – und Jugendbeteiligung in Deutschland.** Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Hrsg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh 2007. (100 Exemplare)

Integration/Migration

- **Jürgen Bolten:** Interkulturelle Kompetenz. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. Erfurt 2007. (300 Exemplare)
- **Integration.** Für Sek I. Schwalbach No./Dez. 2006. (400 Exemplare)
- **Sabine Liebig** (Hrsg.): Migration und Weltgeschichte. Schwalbach 2007. (200 Exemplare)
- **Ahmet Toprak:** Das schwache Geschlecht – die türkischen Männer. Zwangsheirat, häusliche Gewalt, Doppelmoral der Ehe. 2. Aufl. Freiburg i. Breisgau 2007. (200 Exemplare)
- **Wichard Woyke** (Hrsg.): Integration und Einwanderung. Eine Einführung. Schwalbach 2007. (200 Exemplare)

Islamismus

- **Katajun Amirpur, Ludwig Ammann** (Hrsg.): Der Islam am Wendepunkt. Liberale und konservative Reformer einer Weltreligion. 2. Aufl. 2006. (300 Exemplare)
- **Reza Aslan:** Kein Gott außer Gott. Der Glaube

der Muslime von Muhammed bis zur Gegenwart. Bonn 2006. (200 Exemplare)

Ökologie/Klimaschutz/Gentechnik

- **Kirstin Dow, Thomas E. Downing:** Weltatlas des Klimawandels. Karten und Fakten zur globalen Erwärmung. Hamburg 2007. (300 Exemplare)
- **Peter Massing** (Hrsg.): Gentechnik. Eine Einführung. Schwalbach 2007. (50 Exemplare)
- **Stefan Rahmstorf, Hans Joachim Schellnhuber:** Der Klimawandel. Diagnose, Prognose, Therapie. 5. aktualisierte Aufl. 2007. (500 Exemplare)

Politik/Politische Systeme – Institutionenkunde

- **Tobias Bevc:** Politische Theorie. Konstanz 2007. (200 Exemplare)
- **Bewältigung von Diktaturen.** (Der Bürger im Staat: 3, 2006. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.) (400 Exemplare)
- **Fritz Blumöhr, Emil Hübner, Alois Maichel:** Die politische Ordnung in Deutschland. 12. Aufl. München 2007. (500 Exemplare)
- **Bürgerschaftliches Engagement.** (Der Bürger im Staat: 4, 2007. Hrsg. von der Landeszentr. f. pol. Bildung Baden-Württemberg.) (400 Exemplare)
- **Der Bundestag.** Eine Einführung. Hrsg. Von Uwe Andersen. Schwalbach 2007. (200 Exemplare)
- **Demokratie (er)leben.** Ein Prinzip in Gesellschaft und Politik.

(Politik & Unterricht. Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung: 2/3 – 2006. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.) (400 Exemplare)

- **Peter Massing** (Hrsg.): Direkte Demokratie. Eine Einführung. Schwalbach 2005. (400 Exemplare)
- **Leo Penta** (Hrsg.): Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg 2007. (200 Exemplare)
- **Pluralismus.** (Praxis Politik, Oktober 5/2007.) (250 Exemplare)
- **Peter Lösche:** Verbände und Lobbyismus in Deutschland. Stuttgart 2007. (200 Exemplare)
- **Weg der Demokratie.** Berlin – ein historisch-politischer Stadtplan. Landeszentrale für politische Bildung Berlin 2007. (1000 Exemplare)

Recht, Gesetze – Institutionenkunde

- **Duden.** Recht A – Z. Fachlexikon für Studium, Ausbildung und Beruf. Mannheim. O. J. (200 Exemplare)
- **Grundgesetz.** Stand August 2006. Bonn 2006. (1000 Exemplare)
- **Wilfried Hirsch, Dieter Janssen:** Menschenrechte militärisch schützen. Ein Plädoyer für humanitäre Interventionen. Bonn 2006. (100 Exemplare)
- **Horst Sacker:** Das Bundesverfassungsgericht. 6. Aufl. Bonn 2003. (100 Exemplare)

Wirtschaft/Soziales/Demographie

- **Gotthard Breit** (Hrsg.): Die alternde Gesellschaft. Eine Einführung. Schwalbach 2005. (100 Exemplare)

- **Günter Dannemann, Stefan Luft** (Hrsg.): Die Zukunft des Stadtstaates. Extreme Haushaltsnotlagen und begründete Sanierungsleistungen. Bremen 2006. (150 Exemplare)
- **Demografischer Wandel.** Wir werden älter und wir werden weniger. (Politik & Unterricht. Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung: 1/2 – 2007. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.) (400 Exemplare)
- **Winfried Kösters:** Weniger, bunter, älter. Wie der demographische Wandel Deutschland verändert – Den Weg zur Multiminoritätengesellschaft aktiv gestalten. München 2007. (300 Exemplare)
- **Pocket Wirtschaft – Ökonomische Grundbegriffe.** Bonn 2006. (100 Exemplare)
- **Richard Sennett:** Respekt im Zeitalter der Ungleichheit. 2. Aufl. Berlin 2007. (200 Exemplare)
- **Städtepolitik und Stadtentwicklung.** (Der Bürger im Staat: 3-2007. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.) (400 Exemplare)
- **Wirtschaft erfahren.** Konsumenten, Unternehmen, Nachhaltigkeit. (Politik & Unterricht. Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung: 4 – 2007. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.) (400 Exemplare)

Verantwortlich für den Infoladen und für Auswahl und Ankauf von Publikationen: Dr. Rita Bake

Eigene Publikationen

Im Jahre 2007 veröffentlichte die Landeszentrale für politische Bildung fünf Eigenpublikationen, davon drei Printmedien, eine CD-Rom und eine CD-Sammlung.

● Mit der CD- Sammlung Rita Bake (Hrsg): „**Hier spricht Hamburg**“ – Hamburg in der Nachkriegszeit. Rundfunkreportagen, Nachrichtensendungen, Hörspiele und Meldungen des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) der Jahre 1945 – 1949, beschriftet die Landeszentrale Neuland. Die aus 6 CDs bestehende CD-Sammlung lässt die Hörerinnen und Hörer in kommentierten Zeitdokumenten – Rundfunkberichten und -reportagen, Nachrichten, Hörspielen, Interviews und Diskussionsrunden des Nord-

westdeutschen Rundfunks (NWDR) – die unmittelbare Nachkriegszeit in Hamburg von 1945 – 1949 nacherleben.

● In Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und dem Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme gab die Landeszentrale für politische Bildung die CD-Rom „**Zwangsarbeit in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939 – 1945**“ heraus. Hierbei handelt es sich um einen Wegweiser zu Hamburger Lagerstandorten und Einsatzstätten ausländischer Zwangsarbeiterkräfte basierend auf einer Datenbank von Friederike Littmann.

● Wegen der großen Nachfrage erfuhr das Buch von Beate Meyer (Hrsg): „**Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933 – 1945 – Geschichten, Zeugnisse, Erinnerung**“ eine Neuauflage. Annähernd 10.000 Hamburger Jüdinnen und Juden wurden zwischen 1941 und 1945 deportiert und ermordet. Mit Stolpersteinen, die vor den ehemaligen Wohn- oder Wirkungsstätten verlegt wurden, erinnert der Künstler Gunter Demnig an die Namen, Geburtsjahre und Schicksale der Opfer der NS-Gewaltherrschaft. Dieses Buch unterstützt das Bemühen um die Erinnerung. Sieben Aufsätze zeichnen das historische Geschehen zwischen 1933 und 1945 nach. Zehn Zeugnisse von Überlebenden ermöglichen einen tiefen Einblick in die leidvollen Erfahrungen der Betroffenen. Schließlich lädt ein Rundgang durch das Grindelviertel die Leserinnen und Leser zur Spurensuche ein. Er erläutert die



● Aktuell zur Wahl 2008

Aktuell zur Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft im Februar 2008 schrieben Rita Bake, Klaus David, Kerstin Klingel, Barbara Ottrand und Frauke Wiegmann die Broschüre: **6 Stimmen für Hamburg – Das neue Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft**. Eine Gebrauchsanleitung zum Wählen.

Mit dieser Broschüre soll das neue Wahlrecht erklärt werden. Dafür wurde als Beispiel die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft gewählt. (Im Februar 2008 findet zeitgleich auch die Wahl zu den sieben Bezirksversammlungen statt. Ihr Wahlprozedere verläuft analog zum neuen Wahlrecht für die Hamburgische Bürgerschaft.)

In den offiziellen Hamburg-Farben rot und blau gehalten, gliedert sich die Broschüre in zwei Teile. Im ersten Teil erhalten die Leserinnen und Leser eine Gebrauchsanleitung zum



Wählen: Warum ein neues Wahlrecht? Was wird gewählt: die Hamburgische Bürgerschaft? Wie wird gewählt: Ihre zwei Stimmzettel?

Für darüber hinaus Interessierte wird im zweiten Teil der Broschüre das Auszählungsverfahren detailliert beschrieben.

Ein umfangreiches Glossar zu allen wichtigen Stichwörtern im Zusammenhang mit der Wahl schließt die Broschüre ab. „6 Stimmen für Hamburg“ wurde auch an allen weiterfüh-

renden Hamburger Schulen verteilt und ist in hoher Stückzahl für Hamburger Lehrerinnen erhältlich. Außerdem steht die Broschüre auf www.politische-bildung.hamburg.de zum Download zur Verfügung. Weitere Aktivitäten der Landeszentrale für politische Bildung zum neuen Wahlrecht war eine großen Anzahl von Wahlrechtsseminaren, in denen die Broschüre an die Teilnehmenden verteilt wurde. (Siehe dazu: Kapitel „Wahlrechtsseminare“, S. 38).

Geschichte der Stätten der Verfolgung und enthält biographische Portraits jener 50 Personen, für die Stolpersteine an diesem Weg gesetzt sind.

● Anlässlich der **Hamburger METREX-Konferenz zum Klimawandel** vom 28. November bis 1. Dezember 2007 gab die Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der Hamburger Senatskanzlei einen Begleitband heraus, der auch noch über die Tagung hinaus von aktuellem Interesse ist. METREX ist die Organisation der europäischen Me-

tropolregionen und vertritt 50 der insgesamt 100 großen europäischen Ballungsgebiete, darunter London, Berlin, Madrid, Moskau, Paris, Rom. In diesem Reader präsentieren ausgewählte europäische Metropolregionen ihre spezifischen Maßnahmen zur Reduzierung von CO²-Emissionen. Sie sind ein Spiegelbild der aktuellen Bemühungen im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels.

Verantwortlich für den Publikationsbereich:
Dr. Rita Bake



Die Homepage der Landeszentrale wurde 2007 73.167 Mal besucht.

Im Jahre 2007 wurde der Internetauftritt der Landeszentrale, erreichbar über die Adresse www.politische-bildung.hamburg.de, stetig ausgebaut.

Weiterhin gehören das thematisch rubrizierte vollständige Verzeichnis aller Bücher, Hefte, Karten, DVDs, CDs und Unterrichtsmaterialien, die im Info-Laden erhältlich sind, die aktuelle Zusammenstellung des Veranstaltungs- und Seminarangebots, die ausgewählten Publikationen zum Download und die Link-Tipps rund um politische Bildung zum Kern des Angebots.

Neuer Schwerpunkt

Mit der Rubrik „Themen der Woche“ wurde 2007 ein neuer Schwerpunkt eingeführt, der pro Woche mindestens ein Thema aus der aktuellen Tagespolitik mit Text und Link-Tipps aufbereitet und dazu passende Publikationen aus dem Angebot des Info-Ladens empfiehlt.

Weitere Neuerungen

Auch bei den eigenen Web-Angeboten der Landeszentrale zu Spezial-Themen gibt es Neuerungen:

- www.gedenkstaetten.hamburg.de, der Wegweiser zu den Stätten der Erinnerung an die Jahre 1939-1945, wurde im Layout-Bereich vollständig überarbeitet und ist jetzt auch in das Design von hamburg.de integriert. Eine inhaltliche Überarbeitung wird 2008 erfolgen.



- www.zwangsarbeit-in-hamburg.de dokumentiert die Zwangsarbeit in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939 – 1945 und stellt die Online-Version zur zeitgleich von der LZ und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme herausgegebenen CD-Rom dar.
- www.gedenkjahre.hamburg.de ist ein Online-Veranstaltungskalender, in dem alle der LZ bekannten Veranstaltungen im Zusammenhang mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 erfasst sind, die 2008 stattfinden.

Zum Volksentscheid am 14. Oktober 2007 gab und zu den Bürgerschafts- und Bezirksversammlungen am 24. Februar 2008 gibt es jeweils eine Spezialseite mit detaillierten Informationen, Downloads und Link-Tipps.

Die Landeszentrale ist zuständig für die Förderung der politischen Bildung in Hamburg, von daher gibt es auf der Homepage auch einen besonderen Bereich mit den wichtigsten Informationen zu den Zuwendungen, mit der Förderrichtlinie als Text und zum Download und mit Links zu allen anerkannten Bildungsträgern in Hamburg.

Mitarbeit in behördlichen und außerbehördlichen Gremien und Institutionen

Neben den organisatorisch festen Verbänden der Landeszentralen und der Bundeszentrale wie Leiter- und Koordinierungskonferenzen, Referententagungen, Publikations- und Onlineredaktionskonferenzen, an denen die Beschäftigten der Landeszentralen und der Bundeszentrale teilnehmen, ist die Landeszentrale für politische Bildung in einer Vielzahl weiterer Institutionen und Gremien vertreten. Hier seien nur die wichtigsten aufgeführt, um entstehende Synergien und fachübergreifende Kompetenzbündelungen zu beschreiben.

Im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung nimmt eine Kollegin aus dem Referat „Allgemeine und berufliche Weiterbildung“ der Abteilung Weiterbildung, zu der auch die Landeszentrale für politische Bildung gehört, regelmäßig an den Sitzungen der behördenübergreifenden Projektgruppe „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ in der Behörde für Stadtentwicklung- und Umwelt teil. Die Hamburger Volkshochschule wurde von der Abteilung Weiterbildung mit der verantwortlichen Konzeption, Durchführung und Betreuung der Bildungsmaßnahmen im Forum 5 „Allgemeine und politische Bildung im Hamburger Aktionsplan „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (HHAP) 2007/2008 beauftragt. Im Jahr 2007 sind vier neue Maßnahmen in das Forum Allgemeine und politische Bildung aufgenommen worden:

- Integration,
- Demokratie, Toleranz, Menschenrechte,

- Präventionsprogramm Lenzgesund,
- Gesundheit- und Umwelttreff (GUT) im Stadtteil Eimsbüttel

Die Landeszentrale für politische Bildung ist durch die Stellvertretende Leiterin der Landeszentrale Teilnehmerin im „Beratungsnetzwerk Hamburg“. Das Netzwerk entstand auf Grund des durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Bundesprogramms „kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Die Netzwerke sollen in örtlichen Krisensituationen mit rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und/oder antisemitischem Hintergrund eine schnelle, unbürokratische und professionelle Beratung vor Ort leisten. Federführende Landesbehörde für Hamburg ist die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. Die Aufgabe der Landeskoordinierungsstelle für das neue Beratungsnetzwerk Hamburg wurde der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung übertragen.

Darüber hinaus ist die Leiterin der Landeszentrale Mitglied des Kuratoriums der Forschungsstelle für Zeitgeschichte an der Universität Hamburg und des Wissenschaftlichen Beirates der Dauerausstellung zum Gedenken an die Deportation und Ermordung von Juden und Sinti und Roma Hannoverscher Bahnhof/Lohseplatz. In beiden Fällen wird damit die enge Verbindung der Landeszentrale mit wegweisenden Forschungseinrichtungen und -projekten in der Stadt unterstrichen und somit die Aktualität politischer Bildungsmaßnahmen gesichert und zugleich die Fachkompetenz der Landeszentrale in

die historisch-kulturellen Projekte und Maßnahmen mit eingebracht. Die Leiterin der Landeszentrale ist (gemeinsam mit dem Vertreter des UV Nord) Stellvertretende Beiratsvorsitzende des Vereins Weiterbildung Hamburg e. V.; die Stellvertretende Leiterin ist Vertreterin der Landeszentrale für politische Bildung im Beirat des Vereins.

Die Landeszentrale verantwortet für die Behörde für Bildung und Sport die behördeninterne Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Bürgerfestes im Rahmen der Feierlichkeiten zum 3. Oktober 2008.

In 2007 führte die Landeszentrale für politische Bildung 33 Veranstaltungen durch.

● Während der **Freiluftkinoaufführungen auf dem Rathausmarkt** vom 27.7. bis 5.8.07 präsentierte die Landeszentrale für politische Bildung erstmals politische Kurzfilme als Vorfilme vor den Hauptfilmen. Ein extra für die Präsentationen gedrehter Werbevorspann machte vor Beginn der Vorfilme Werbung für den Infoladen der Landeszentrale und des Jugendinformationszentrums. Bereits während der Freiluftkinotage konnte der Infoladen eine deutlich erhöhte Anzahl von Neukundinnen und -kunden verzeichnen, die die Landeszentrale zuvor noch nicht kannten.

Kurzfilmprogramm: WASP (England 2003 ca. 24 min); Stille Post (Deutschland 2007, 3 min); Demokratie (Deutschland 2000, 3 min); Outsourcing (Deutschland 2007, 6 min); Watching TV (Kanada 1994, 5 min); Wie ich ein freier Reisebegleiter wurde (Deutschland 2007, 15 min); Jamila (Niederlande 2005, 14 min); Schwarzfahrer (Deutschland 1992, 12 min); Harvie Krumpet (Australien 2003, 22 min); Wahnacht (Dänemark 1998, 11min).

● Anlässlich des „**Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle**“ beteiligte sich die Landeszentrale für politische Bildung an einer zweitägigen Veranstaltung der Fachhochschule Kiel und der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein zum Thema „Chancengleichheit und Antidiskriminierung. Regionalkonferenz Nord zum Euro-

päischen Jahr der Chancengleichheit für alle 2007“. Die Konferenz ging davon aus, dass die Verwirklichung von Teilhabe nur gelingen kann, wenn wir wissen, wie es zu Benachteiligung und Ausgrenzung kommt und wie diese überwunden werden können. Sie kann nur gelingen, wenn die „Kultur der Vielfalt“ als Herausforderung angenommen und aktiv gestaltet wird. Gesetze allein reichen nicht aus, um Diskriminierungen zu verhindern und zu vermeiden. Gesetze allein gewährleisten nicht, dass alle gesellschaftlichen Gruppen gleiche Chancen auf Teilhabe bekommen.

● „**Denkmäler in der Hamburger Innenstadt. Ihre historische Bedeutung – ihre politische Geschichte**“ hieß der Stadtrundgang, den Jörg Beileites im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung durchführte. Der zuerst auf 5 Termine angeetzte Rundgang musste wegen des großen Interesses um drei weitere Termine erweitert werden.

● Ein konstant großes Interesse (ca. 100 Teilnehmende pro Veranstaltung) erfreut sich auch die Veranstaltungsreihe „**Gärten und Politik**“. Mit diesem Thema erschloss sich die Landeszentrale ein neues Klientel, das für weitere thematische, auf andere Schwerpunkte bezogene Veranstaltungen offen ist. Gärten und Parks werden vor allem wahrgenommen als Möglichkeit der Freizeitgestaltung. Inzwischen hat sich auch die Freizeitindustrie ihrer bemächtigt. Dabei liegen Gartengestaltung und Nutzung andere Maxime zu Grunde.



Dass Gärten einen geistesgeschichtlichen, politischen und sozialen Hintergrund haben, sich an ihnen die Weltbilder ihrer Schöpfer ablesen lassen, ist eher weniger bekannt. Diese Veranstaltungsreihe soll über den politischen Aspekt von Gärten informieren, um so die Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, sich eine eigene Meinung zu aktuellen politischen Fragen im Bezug auf Ökologie, Umwelt, Klimawandel und Nachhaltigkeit zu bilden. Gartenarchitektur und Gartengestaltung erstrecken sich vom schlichten Nutzen des Obst- und Küchengartens bis zur fürstlichen und gesellschaftlichen Repräsentation im Park wie „Lustgärten“ oder Volksparks, und der für das Gemeinwohl gestalteten Landschaft. Um die Menschen für den Klimaschutz zu sensibilisieren, muss das oftmals gestörte Verhältnis der

Menschen zur Natur verändert werden. Dazu trägt die Vortragsreihe bei.

Themen in 2007:

- Dr. Bernd Horneburg, Saatgut-Gärtner, Göttingen: **Saatgut zwischen Gärtnerhand und multinationalen Konzernen.** „Hybriden vermehren sich nicht oder nicht sortenecht; Gentechnik, Patente und Monopole nehmen zusätzlich der Mehrheit der Menschen das Saatgut aus den Händen. Für eine lebendige und reichhaltige Ernährung ist das schädlich – es dient der Konzentration von Macht.“ (Dreschflegel e. V. 2003.)
- Brita Reimers, Lektorin, Hamburg: **Vom Gartenkind zum Weltbürger. Natur als education politique.** „Es gilt bei Menschen wie bei der Rose, nicht, die Aristokratie durch die Masse zu ersetzen, sondern es gilt, die Einzelnen der Masse zu aristokratisieren. Das erst ist echte Demokratie.“ (Alma de l' Aigle, 1957.)
- Dr. Marit Rosol, Stadtplanerin, Berlin: **Community Gardens/Gemeinschaftsgärten – bürgerschaftliches Engagement zur Rettung öffentlicher Grünflächen.**
- Dr. Renate Hücking, Journalistin, Hamburg: **Hinter Mauern und Stacheldraht. Gärten der Hoffnung.** „Ein Garten war im Gefängnis eines der wenigen Dinge, über die man selbst bestimmen konnte. Das Gefühl der Verwalter dieses kleinen Stückchen Erde zu sein, bedeutete einen Hauch von Freiheit.“ (Nelson Mandela, 1994.)
- Dirk Meyhöfer, Architekturkritiker, Hamburg und

-
- Jörg v. Prodzinski, Biologe, Hamburg: **Gartenschauen – Last oder Chance?** „Die positiven Effekte der IGS 2013 werden weit über die Schaffung neuer wertvoller Freiräume in Wilhelmsburg hinausgehen (...). Die Qualität des Arbeits- und des Wohnumfeldes wird verbessert, Brachen und Industriestandorte revitalisiert, Natur- und Kulturlandschaften erschlossen und erhalten.“ (Behörde für Umwelt und Gesundheit, 2003.)
- Prof. Dr. Jörg Rainer Dettmar, Landschaftsarchitekt, Darmstadt: **Urbanisierte Landschaft – Kulturlandschaften der beschleunigten Gesellschaften.** „Eine Gesellschaft des Informationsüberflusses und der Energieknappheit ist etwas so neues, dass wir mit Blick auf die Vergangenheit nichts über sie lernen können, so dass die Landschaft der Zukunft vollständig im Dunkeln bleibt.“ (Rolf Peter Sieferle, 1997.)
 - Wolfgang Kil, Publizist, Berlin: **Stadtspark – Branche – Neue Wildnis? Defensive Strategien für den Stadtumbau.** „Traditionell ist Landschaft stets als das Gegenüber der Stadt betrachtet worden. Doch längst „sprenkeln“ unzählige vereinzelte Landschaftsinseln in die Stadt hinein, in Form von brachfallenden Industrieflächen, verlassenem Hinterhöfen oder begrüneten Abrissgrundstücken. Wir suchen nach neuen Stadt-Landschafts-Übergängen.“ (Bertram Weisshaar, 2002.)
 - Dr. Silke Koneffke, Dramaturgin, Hamburg: **Grau oder grün? Vom Konflikt zwischen politischer und natürlicher Ordnung.** „Die Natur ist Feindin ewiger Besitzungen. Sie zerstört nach festen Gesetzen alle Zeichen des Eigentums, vertilgt alle Merkmale der Formation. Allen Geschlechtern gehört die Erde – jeder hat Anspruch auf alles.“ (Novalis, 1798.)
- Der aktuellen Debatte zum Klimawandel geschuldet, veranstaltete die Landeszentrale für politische Bildung im Herbst 2007 die Veranstaltungsreihe „Die Klimakatastrophe – eine Chance für den Umbau der Welt“. (Im Übrigen wurde der Begriff „Klimakatastrophe“ von der Deutschen Gesellschaft für Sprache zum Wort des Jahres 2007 deklariert.) Zwischen Oktober und Dezember 2007 fanden im HafenCity InfoCenter im Kesselhaus fünf Veranstaltungen statt:
 - Brita Reimers, Kulturwissenschaftlerin, Hamburg: **„Natur, Mensch, Umwelt – Werden wir weiterhin als Schmarotzer leben oder von jetzt an als gute Gärtner?“** Die Fortschritte der Naturwissenschaft und Technik haben das Glück als Lebensziel nicht gebracht, das sich viele Denker und Entwickler von ihnen versprochen haben. Glaubten wir lange genug, Herren der Welt zu sein und die Natur ausbeuten und den eigenen Körper unterdrücken zu können, so erkennen wir heute wieder, dass wir Teil der Natur sind. Um die globalen Auswirkungen der Naturzerstörung aufzuhalten, reichen technische Lösungen nicht aus.
 - Prof. Dr. Ulrich Gebhard, Erziehungswissenschaftler, Hannover: **„Die Vertrautheit der Welt. Zur Bedeutung von Naturerfahrungen in der Kindheit.“** Naturerfahrungen sind für die psychische



Entwicklung des Kindes von höchster Bedeutung. Sie ermöglichen einerseits die Erfahrung von Kontinuität und vermitteln dadurch Sicherheit, und zugleich sind sie immer wieder neu. Damit entsprechen sie zwei grundlegenden Dispositionen des Menschen – seinem Wunsch nach Vertrautheit sowie seiner Neugier. Aber erwachsen daraus schon positive Einstellungen zur Natur und zur Umwelt?

- Prof. Dr. Michael Braungart, Stoffstrommanagement, Hamburg: **„Die nächste industrielle Revolution – Produzieren wie die Natur.“** Die nächste industrielle Revolution macht sich, laut Braungart, zur Aufgabe, industrielle Systeme und Produkte zu entwickeln, die der regenerativen Produktivität der Natur nachgebildet werden. Eine solche naturnahe Herstellungsweise kann so verschwenderisch sein wie die Natur selbst. Nicht um

Vermeidung und Verzicht geht es, sondern um Lebensbejahung und Kreativität.

- Dr. John Reimers, Volkswirt, Berlin: **„Klimawandel zwischen Politik und Ökonomie.“** Den Klimawandel aufzuhalten, bedarf es handfester Anstrengungen. Warum vermag die Ökonomie in ihrer derzeitigen Form dies ohne Hilfe der Politik nicht selbsttätig zu tun?
- Dr. Ing. Arnold Tolle, Unternehmensberater, Hamburg: **„Effizienztechnologien und neue gesetzliche Rahmenbedingungen als Herausforderung.“** So lange das regenerative System noch nicht im großen Maßstab aufgebaut ist, müssen effiziente und volkswirtschaftlich kostengünstige Technologien zur Emissionsminderung eingesetzt werden. In der Stromerzeugung gehört die Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere im industriellen Bereich dazu. Zur Flankierung der technologischen Entwicklung sind verschiedene wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen notwendig. Hierzu gehört das sinnvolle Lenkungsinstrument Emissionshandel.
- Auch in 2007 führte der Verein für politische Bildung im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung wieder „Rathausseminare“ für vorwiegend junge erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer durch (siehe dazu den Bericht des Vereins für politische Bildung auf Seite 70).

Verantwortlich für den Veranstaltungsbereich:
Dr. Rita Bake

Wahlrechtsseminare

Seminare zum neuen Wahlrecht in Hamburg
zur Wahl am 24. Februar 2008

Die Landeszentrale für politische Bildung führte in 2007 34 Schulungen zum neuen Wahlrecht durch. Die Seminare wurden von der wissenschaftlichen Referentin der Landeszentrale Barbara Ottrand und vier externen Schulungsreferenten durchgeführt. In den Schulungen kam die neu entwickelte Power-Point-Präsentation der Landeszentrale „6 Stimmen für Hamburg – Das neue Wahlrecht für die Hamburgische Bürgerschaft“ zum Einsatz.

Bereits am 29. August 2007 fand die erste Schulung und Multiplikatoren-Veranstaltung zum neuen Wahlrecht in Kooperation mit Institutionen wie ASB, AWO, DRK, Landesseniorenbeirat u. a. statt und war ausgerichtet auf Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Betreuerinnen und Betreuer sowie andere Tätige, die im betreuenden Seniorenbereich älteren Mitbürgerinnen und -bürgern das neue Wahlrecht nahe bringen sollen.

Neben diesen Schulungen fanden auch Seminare für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt, die das neue Wahlrecht an Zielgruppen wie Jungwählerinnen und -wähler, Erstwählerinnen und -wähler, Lehrerinnen und Lehrer, Seniorinnen und Senioren und andere Bürgerinnen und Bürger herantragen sollten.

Bis Dezember 2007 wurden sieben große Multiplikatoren-Veranstaltungen in Kooperation mit der Hamburger Volkshochschule, dem LI (Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung) und der Zivildienstschule Buchholz (zuständig für Zivil-

dienstleistende in Hamburg) durchgeführt, in denen ca. 220 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren erreicht wurden.

Dank der Zusammenarbeit mit dem Fachbereich für Politik und Geschichte am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung wurden an den Gymnasien Kaiser-Friedrich-Ufer und Bondenwald zwei zentrale Veranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen abgehalten.

Besonders lebhaft war die Veranstaltung „Einführung in das neue Wahlrecht für Erstwählerinnen und -wähler“ für Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulen Hamburgs, die das neue Wahlrecht ihren Mitschülerinnen und -schülern im Unterricht und in AGs verständlich machen sollten.

Des Weiteren wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Zentralausschuss Hamburgischer Bürgervereine diverse Schulungsveranstaltungen zum neuen Wahlrecht abgehalten.

Weitere Veranstaltungen fanden in den Seniorentreffs der AWO, im Seniorenbeirat, im Hamburger Frauenring und während anderer Treffs statt.

In allen Veranstaltungen, die die Landeszentrale zum neuen Wahlrecht durchgeführte, bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Broschüre der Landeszentrale „6 Stimmen für Hamburg – Das neue Wahlrecht für die Hamburgische Bürgerschaft“ ausgehändigt.

Wissenschaftliche Referentin für institutionenkundliche Seminare: Barbara Ottrand

Rathausseminare: Rund ums Rathaus

In 2007 nahmen ca. 525 Schülerinnen und Schüler an den Rathausseminaren teil. Hier handelt es sich um speziell für Schulklassen der Sekundarstufe I und II sowie für Berufsschulen verschiedener Fachrichtungen konzipierte, ca. dreistündige Seminare. Sie vermitteln Einblicke in die Aufgaben der Bürgerschaft und des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Veranstaltungen sind offen angelegt, und die Themenschwerpunkte teilnehmerorientiert entsprechend auf die jeweilige Gruppe zugeschnitten.

In diesem Jahr interessierten sich verschiedene Schulen – Gesamtschulen, Gymnasien, Fach- und Gewerbeschulen – für die Rathausseminare. Unter anderen wurden folgende Themenbereiche behandelt: Wie funktionieren die unterschiedlichen Ausschüsse? Wie entsteht ein Gesetz? Welche Möglichkeiten haben der Bürger und die Bürgerin, sich einzumischen? Besonders positiv angenommen wurden die Angebote „Politik hautnah erleben“:

Die Klassen wurden auf politische Themen vorbereitet, machten eine Führung durch das Rathaus, sahen einen Film über die parlamentarische Arbeit, hatten ein Informationsgespräch mit einem oder einer Abgeordneten und konnten ihre vorbereiteten Fragen direkt einbringen, um dann anschließend Politik live in einer Bürgerschaftssitzung zu erleben. Auch für Seniorinnen und Senioren und die Bundeswehr wurden Rathausseminare durchgeführt. Im Jahr 2007 besuchten 125 Teilnehmerinnen und Teil-

nehmer sowie Soldatinnen und Soldaten diese Seminare. Für diese Zielgruppen stellt die Landeszentrale unterschiedliche Module zur Verfügung. Individuell auf die Zielgruppen zugeschnitten, gibt es verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten für ein Rathausseminar, so z. B.:

- Rathausführung.
- Film über die Aufgaben der Bürgerschaft und des Senats oder eine PowerPoint-Präsentation zum Regierungssystem.
- Interviews und Diskussionsrunde mit Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft („Politik live“).
- Besuch einer Bürgerschaftssitzung.
- Pol./historische Führung vom Rathaus bis zur neuen Hafencity.
- Besuch der KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit fachkundiger Führung zu unterschiedlichen Themen und Ausstellungen.

Wissenschaftliche Referentin für Rathausseminare:
Barbara Ottrand

Schülerinnen- und Schülerseminare:

Zeitzeugen- und Autorinnengespräche mit Peggy Parnass und Susanne Bienwald

Mit diesen Schulveranstaltungen wurden ca. 210 Schülerinnen und Schüler erreicht.

Die Zeitzeugin und Autorin Peggy Parnass erzählte am 21. März 2007 in der Aula der Heinrich-Wolgast-Schule aus ihrem Leben und dem ihrer Tante Flora Neumann, die das Buch: „Erinnern, um zu leben“ geschrieben hat. Peggy Parnass berichtete über das Leben ihrer Tante und ihres Onkels im Widerstand und als Juden im Dritten Reich. Flora Neumann überlebte das KZ-Lager Auschwitz. Ihr Mann wurde nach dem Ende der NS-Zeit im KZ Buchenwald befreit. Der Sohn des Ehepaares wurde während der NS-Zeit in einem Kloster in Belgien versteckt. Die Familie Neumann ist die einzige jüdische Hamburger Familie, die den Holocaust als Familie überlebt hat.

Am 4. 7. stellte im Gymnasium Bondenwald vor fünf Klassen des 10. Jahrgangs und am 27.11. im Corvey Gymnasium vor einer 10. Klasse die **Autorin und Nossack-Biographin Susanne Bienwald** anhand der Aufzeichnungen des Hamburger Autors Hans Erich Nossack (1901 – 1977, „Der Untergang“) und anhand eigener Texte („Nachts auf der Lombardsbrücke“) die Zeit des Nationalsozialismus und der ersten Nachkriegszeit dar.

Barbara Ottrand, Referentin der Landeszentrale für politische Bildung, gab dazu eine Einführung in die politische Entwicklung Hamburgs zur Zeit des Nationalsozialismus bis zur ersten von der Britischen Besatzungsmacht ernannten Bürgerschaft unter Bür-



Peggy Parnass

germeister Rudolf Petersen und der dann wieder frei gewählten Bürgerschaft (Oktober 1946). Eine weitere „Nossack“ Veranstaltung wurde am 23. 11. in Kooperation mit dem VHS-Zentrum-West in der Waitzstraße für Volkshochschulteilnehmende durchgeführt.

Wissenschaftliche Referentin:
Barbara Ottrand

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung wurde durch eine Vielzahl von Informationsständen intensiviert.

Die Landeszentrale war auf 13 verschiedenen Veranstaltungen mit Informationsständen, die gezielt Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und interessierte Hamburgerinnen und Hamburger auf das Angebot der Landeszentrale aufmerksam machten, präsent – so z. B. im Hamburger Rathaus bei den Veranstaltungen „Jugend im Parlament“ und beim „Tag der offenen Tür“, aber auch beim Europatag, dem Forum der Erinnerung, bei Fortbildungsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer zum Thema „Migration/Integration“, bei einer Veranstaltung zum Thema „DDR/Staatsicherheit“ an der Universität der Bundeswehr und an der Universität Hamburg zum Semesterbeginn.

Mit den Informationsständen erreichte die Landeszentrale ca. 3500 Menschen im direkten Kundengespräch.

Bei jungen Menschen Neugierde für die politische Bildung zu wecken ist auch ein Schwerpunkt der Beratungsarbeit am Telefon. Bei ungefähr 1000 Anrufen und Emails im Jahr wurden z. B. Anfragen nach Material für ein Schulreferat, nach Unterstützung bei wissenschaftlichen Publikationen, zu Seminararbeiten und zu institutionenkundlichen Themenbereichen gestellt. Eine rege Nachfrage erfuhr auch in 2007 die Thematik der „Stolpersteine“.

Verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Michael Hallmann M.A.



Infotisch auf dem Europamarkt



Infotisch im Rathaus zum neuen Wahlrecht

Förderung der politischen Bildung: an anerkannte und nichtanerkannte Bildungsträger

Seit dem Jahre 2004 ist die Landeszentrale für politische Bildung auch für die Förderung der politischen Bildung zuständig. Auf der Grundlage einer Förderrichtlinie fördert sie finanziell 13 anerkannte Bildungsträger und diverse nicht anerkannte Bildungsgesellschaften und Vereine.

Erstmals mit diesem Jahresbericht der Landeszentrale für politische Bildung stellen sich auf den folgenden Seiten die anerkannten Bildungsträger mit ihrem Profil vor. Dabei präsentieren sie diejenigen Schwerpunkte ihrer Arbeit, die von der Landeszentrale für politische Bildung gefördert werden und legen dar, wie viele Veranstaltungen/Projekte mit wie vielen Teilnehmenden sie mit den Fördermitteln der Landeszentrale durchgeführt haben.

Mittels dieser Selbstdarstellungen der anerkannten Bildungsträger möchten die anerkannten Träger und die Landeszentrale der Öffentlichkeit vorstellen, welche Themenschwerpunkte die Landeszentrale durch die Förderung in der politischen Bildungslandschaft verankert und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat.

Seit dem 1.1.2007 ist eine neue, von der Deputation der Behörde für Bildung und Sport verabschiedete „Förderrichtlinie für die politische Bildung“ in Kraft, die bis zum 31.12.2010 gültig ist. Im Vergleich zu früheren Förderrichtlinien regelt sie die Vergabe der Mittel der politischen Bildung für die 13 anerkannten und die nicht anerkannten Träger der politischen Bildung auf der Basis von Ziel- und Leistungsvereinbarungen und von pauschalen Teilnehmenden-

sätzen. Ziel eines Beratungsprozesses vor der Erstellung dieser Förderrichtlinie war es, eine Verwaltungsvereinfachung herbeizuführen (Pauschalsätze) sowie eine moderne Steuerung der Mittelvergabe unter Wahrung der Eigenverantwortlichkeit der Träger für ihre eigenen Programme (Ziel- und Leistungsvereinbarungen) möglich zu machen. Die Beratungen führte eine aus Mitgliedern des Beirates der Landeszentrale zusammengesetzte Arbeitsgruppe.

Der Etat, der für die Förderung der Bildungsträger zur Verfügung steht, ist seit 2005 gleich geblieben und beträgt 998.000 Euro. Davon werden seit 2007

- 90% an die anerkannten Träger auf Basis von Jahresprogrammen vergeben,
- 5% stehen für die Förderung ausschließlich nicht anerkannter Träger zur Verfügung,
- 5% werden für besonders aktuelle Veranstaltungen reserviert, die sowohl anerkannte als auch nicht anerkannte Träger durchführen.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist für die inhaltliche Beurteilung der Angebote im Hinblick auf die politische Bildung zuständig.

In mehreren so genannten Round Tables pro Jahr berät die Landeszentrale für politische Bildung wichtige Förderthemen, inhaltliche Themenstellungen sowie aktuelle Fragen und Probleme mit den Trägern der anerkannten Bildungseinrichtungen. Auf diesen Round Tables besteht auch die Gelegenheit zur Klärung allgemein interessierender Fragen mit dem Zuwendungssachgebiet der Behörde für Bil-

dung und Sport, welches für die Abwicklung der zwendungsrechtlichen Verfahren zuständig ist.

2007 erfolgte die Verteilung der Mittel an die anerkannten Bildungsträger erstmalig nach Prioritätensetzungen über vier Schwerpunkte. Diese Schwerpunkte waren seitens der Landeszentrale aus den Angeboten der Bildungsträger, die den Jahresanträgen beizulegen sind, extrahiert und mit dem seitens der Landeszentrale als notwenig bewerteten Themenstellungen verglichen worden. Dabei ergab sich eine hohe thematische und zielgruppengestützte Übereinstimmung in den angebotenen/beantragten Veranstaltungen mit den projektierten Schwerpunktsetzungen der Landeszentrale.

2007 wurden daher folgende Maßnahmen der anerkannten Träger prioritär gefördert:

- a) Veranstaltungen mit Zielgruppenorientierung auf Migrantinnen und Migranten,
- b) Veranstaltungen mit Zielgruppenorientierung auf das Erreichen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen,
- c) Veranstaltungen und Maßnahmen mit einer Zielgruppen- und Themenorientierung im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“,
- d) Veranstaltungen und Maßnahmen mit einer Themenorientierung auf bisher unterrepräsentierte Themen wie Wirtschaft und Wertediskussion,
- e) innovative Projektmaßnahmen.

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann

Es handelt sich bei den durch die Träger benannten Zahlen der eingesetzten Mittel um einen Stand vor der Verwendungsnachweisprüfung. Aus den Darstellungen der Träger geht durchaus auch das Gesamtprofil der Träger hervor, so dass deutlich wird, dass die Träger neben den zugewendeten Mitteln der FHH weitere Mittel für Veranstaltungen einsetzen.

Zuwendungen an nicht anerkannte Bildungsträger

Auch nicht anerkannte Bildungsträger können Einzelanträge auf Zuwendung für Veranstaltungen und Projekte der politischen Bildung an die Landeszentrale für politische Bildung stellen. Folgende Anträge wurden gefördert:

Einzelanträge nicht anerkannter Bildungsträger zur Durchführung von Veranstaltungen

- **Gemeinwesenarbeit St. Pauli-Süd e.V. (GWA):**
 - Guter Moslem, schlechter Moslem – Lesung und Diskussion mit Mahmood Mamdani.
 - Lesung mit Yehudit Kirstein Keshet: Checkpoint Watch.
- **Verein Leben mit Behinderung e. V.:**
 - Miteinander Lernen – Studienfahrt nach Berlin für betreute Menschen, Berufsbetreuer und Behördenvertreter.
 - Studienfahrt nach Dresden. Die Partnerstadt von Hamburg.
- **Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation (ikm):**
 - Alle Bildung ist politische Bildung – Lernen in und für die Zivilgesellschaft.
 - Frieden entwickeln – Gewalt überwinden. Neue Herausforderungen in der Entwicklungszusammenarbeit.
- **Verein zur Erforschung der Geschichte der Juden in Blankenese e. V.:**
 - Wir sind die Liebermanns. Lesung und Gespräch mit Regine Scheer.
 - Lesung mit Samuel Bak: „In Worte gemalt. Bildnis einer verlorenen Zeit“.
- **Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer e. V. (ATU):**
 - Reise nach Brüssel zum Europäischen Parlament.
- **Landesfrauenrat Hamburg:**
 - Das Jahr der europäischen Chancengleichheit – welche Chancen für Frauen?
 - Diskriminiert das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz die Frauen?
 - Hammonias Töchter fragen nach – zur Frauenfrage bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2008.
- **KurzFilmAgentur:**
 - 3 Teilprojekte im Rahmen des 23. internationalen Kurzfilmfestivals: Länderfokus Libanon; Work in Progress; was machen eigentlich die anderen?
- **Verein Autonom Leben e. V.:**
 - Veranstaltung mit Erwin Riess und Rolf Becker.
- **Verein Intervention:**
 - 2 Schwerpunktveranstaltungen der Veranstaltungsreihe „Lesben und Geschichte“.
- **AGRADIO/FSK:**
 - „Lieder des spanischen Bürgerkriegs“. 2 Konzerte und Diskussionen mit dem Ekkehard Jost Ensemble.
- **St. Trinitatis Altona:**
 - 2 Aufführungen der Performance „Stimmen ins Grün. Erinnerungen an das jüdische Leben in HH-Altona“.
- **Verein SEKA Hamburg e. V. Erholungs-, Therapie- und Bildungszentrum für Frauen und Kinder aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien:**

-
- Trauma als Belastung für die Nachkommen und Wege aus dem Kreislauf der Gewalt.
 - **Verein SterniPark:**
 - Vorführung der Videoinstallation „Diese Erinnerungen bleiben für immer“.
 - **Parlamentwatch:**
 - Projekt „Kandidatenwatch“ zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2008.
 - **Stadtteilarchiv Ottensen:**
 - 2 Veranstaltungen zum 50. Todestag der Sozialreformerin und Politikerin Luise Schroeder.
 - **Kinemathek Metropolis:**
 - 15 Veranstaltungen „Der irakische Film in der Post-Saddam-Ära.“
 - **Dr. Emilie Kiep Altenloh Stiftung (DEKAS):**
 - 3 Veranstaltungen „Das neue Hamburger Wahlrecht“.

Verantwortlich für die Förderung nicht anerkannter Bildungsträger: Dr. Rita Bake

- Gesamtzahl der geförderten Veranstaltungen und Projekte: 45
- Beurteilte Veranstaltungen und Projekte: 51

2008



Bildungsfreistellung für Weiterbildung Bildungsurlaub-Hamburg.de

Bildung ist die rentabelste Investition mit der höchsten Rendite!

Hier gilt es die grauen Zellen fit zu halten – zum Wohle des Betriebes und des Gemeinwesens.

Die Übersicht über alle dafür anerkannten Angebote für Bildungsfreistellung gibt es kostenlos als Jahresbroschüre in **Bücherhallen** sowie bei **Weiterbildung Hamburg e.V.** (Lange Reihe 81) und im Web unter: **bildungsurlaub-hamburg.de**

Selbstdarstellung der anerkannten Bildungsträger

Die Landeszentrale für politische Bildung för- derte in 2007 folgende Bildungsträger:

- ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.
- Arbeit und Leben Hamburg e. V.
- Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
- Haus Rissen Hamburg
Internationales Institut
für Politik und Wirtschaft
- Julius-Leber-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt
- Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- Die Neue Gesellschaft e. V.
- Staatspolitische Gesellschaft
- *umdenken*
Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e. V.
- ver.di Bildungswerk Hamburg e. V.
- Verein für politische Bildung e. V.
- Volkshochschulverein Hamburg-Ost e. V.

Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen.

Bereits seit 1979 besteht das ABC e.V. als Lernort für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Als Träger zwar in Hamburg ansässig werden die Seminare und Projekte aber in erster Linie im Bildungs- und Tagungszentrum in einer stilvoll restaurierten Hofanlage in dem kleinen Dorf Hüll in der Nähe von Stade durchgeführt.

Die Bildungsstätte im ländlichen Raum ermöglicht nach wie vor den erwachsenen und jugendlichen Teilnehmenden aus der Metropolregion Hamburg, sich außerhalb alltäglichen Eingebundenseins konzentriert mit gesellschaftspolitischen Themen auseinander zu setzen. Dabei zielen wir nach wie vor auf die Einbindung von Erwachsenen mit Kindern sowie generationsübergreifende Aspekte generell. Mit unserem kontinuierlich ausgebauten medienpädagogischen Schwerpunkt wollen wir Jugendliche und Erwachsene darin unterstützen, sich in einer immer komplexeren Welt zu orientieren oder über z. B. Videoclips, Blogs, Chats neue Möglichkeiten des Austausches und des Ausdrucks auszuprobieren. Die Videoarbeit sowie Mediengestaltung und Kommunikation wurde ein integrativer Bestandteil in nahezu jedem Seminar. Die räumlichen und technischen Vorausset-

zungen dafür wurden vor allem durch unser im Jahr 2000 eingeweihtes Multimediahaus geschaffen.

Sich verändernde soziale und demografische Entwicklungen machen eine Adaption von Seminarangeboten an neue Zielgruppen notwendig, z. B. Jugendliche aus so genannten bildungsfernen Schichten und (junge) Erwachsene mit Migrationshintergrund zu erreichen. Ein Beispiel 2007: Mit dem neuen Seminarkonzept „Mitten am Rand? – Migration, Integration und Partizipation im Stadtteil“ gab es 3 Angebote in dieser Reihe (Förderung des Pilotseminars: Bundeszentrale für politische Bildung, Landeszentrale HH). Erstmals wurden explizit Migrantinnen angesprochen. Ca. 40 Teilnehmende mit Migrationshintergrund aus verschiedenen Hamburger Stadtteilen wurden erfolgreich erreicht.

Für das ABC ist die Einwanderungsgesellschaft eine herausfordernde und vor allem bereichernde Realität, die nicht nur städtische sondern auch ländlichere Räume prägen.

Im Seminar „Mitten am Rand“ widmeten wir uns



Zeichnungen der Teilnehmerinnen des Seminars „Mitten am Rand...“ zum Thema Mehrsprachigkeit“



Hofansicht Bildungs- und Tagungszentrum

den Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen. Da der Arbeitsmarkt als Integrationsfaktor seine herausragende Bedeutung zunehmend verliert, wird der soziale Nahraum – der Stadtteil als unmittelbarer Bezug – immer wichtiger. Der Schwerpunkt des Seminars lag daher auf den Möglichkeiten von Integration und Partizipation auf Stadtteilebene. Es zielte zunächst darauf, einen Einblick in das Migrationsgeschehen sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen von Migrant/-innen in Deutschland zu geben. Hierüber wurde der Dialog von Menschen bzw. Frauen mit und ohne Migrationshintergrund darüber ermöglicht, inwiefern Migrant/-innen rechtlich, politisch und strukturell Partizipationsmöglichkeiten erschwert zugänglich sind und welche Rolle dabei die Mehrheitsgesellschaft spielt. Das Seminar zielte auch auf eine Identifizierung und Aufwertung migrantischer Kompetenzen. Die ver-

borgenen Talente und Potentiale sowie die Bereicherung durch Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft wurden ins Blickfeld gerückt. Zusammen mit den teilnehmenden Frauen wurden Reflexionskategorien entwickelt, um für Migrationshintergründe zu sensibilisieren, ohne „auf die Kultur“ zu reduzieren. Das meint im Konkreten z.B. die Mehrsprachigkeit und Mobilitätserfahrungen von Migrant/-innen als Kompetenzen anzuerkennen. Prinzipien von Gemeinwesenarbeit – ex-

emplarisch als ein Ansatz der Aktivierung lokaler Potentiale – wurden hinsichtlich einer Stärkung aller Teilnehmenden als potentielle Akteurinnen und interkulturelle Mediatorinnen im Stadtteil in den Blick genommen.

Aufgrund der gemischten Zusammensetzung des Seminars aus Frauen mit und ohne Migrationshintergrund sowie der Integration biografischer Methoden konnte in der dynamischen Begegnung von „Repräsentantinnen“ der Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft ein nachhaltiger Lernprozess initiiert werden, den wir im nächsten Jahr fortsetzen möchten.

- Anzahl der geförderten Veranstaltungen: 3
- TeamerInnen/Kinderbetreuung: 9
- Teilnehmende: 49 (und 22 Kinder)



ABC Bildungs- und Tagungszentrum e.V.
Bauernreihe 1
21706 Drochtersen-Hüll
Tel.: 04775-529
Fax: 04775-695
abc-huell@t-online.de
www.abc-huell.de

Weiterbildung ohne Grenzen

Arbeit und Leben Hamburg – Politische Bildung in Hamburg und Europa

Der Verein

Arbeit und Leben Hamburg ist eine Einrichtung der politischen und integrativen Jugend- und Erwachsenenbildung, die vom DGB Hamburg und der Freien und Hansestadt Hamburg (Volks-hochschule) getragen wird. Auf Bundesebene wird der Verein durch den Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben vertreten, in den meisten Bundesländern gibt es regionale Einrichtungen.

Ziel und Angebot

In Hamburg und im Umland wenden wir uns vornehmlich an ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, junge und ältere Menschen sowie benachteiligte Personengruppen, die wir zu Mitbestimmung, Mitverantwortung und zu einer demokratischen Kultur der Partizipation befähigen wollen. Dabei bringen wir Menschen verschiedener Schichten, Generationen und Kulturen zusammen. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität sind leitende Werte unserer Arbeit, deren Ausgangspunkt immer die gesellschaftliche Situation der Menschen und ihre Interessen ist.

Um unser Ziel zu erreichen, führen wir Bildungsveranstaltungen im In- und Ausland durch. Zusätzlich fördern wir interkulturelle Kompetenz durch europaweite Netzwerkbildung und Mobilitätsprojekte. Doch auch auf lokaler Ebene stärken wir das politi-

sche und soziale Engagement: durch wohnortnahe Bildung und die Unterstützung von Netzwerken in Hamburger Stadtteilen.

Weitere Aktivitäten

Neben den Bildungsangeboten verfolgt Arbeit und Leben seine Ziele in europäischen Begegnungsprojekten (www.mobilitätsagentur.de), in der Stadtteilentwicklung (www.billenetz.de) und bei der Integration schwerbehinderter Menschen. (www.handicap.de).

Themenschwerpunkte

Aus der Zielsetzung von Arbeit und Leben Hamburg ergeben sich thematische Schwerpunkte, die sich in den politischen Bildungsangeboten wieder finden: Demokratie und soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Bildung, Europa und Globalisierung, Nachhaltigkeit und Ökologie. Zudem gibt es Querschnittsperspektiven, die in allen Veranstaltungen berücksichtigt werden: Geschlechtergerechtigkeit, Interkultureller Dialog, Geschichte und Erinnern, Hamburg-Themen. Neben der Vielfalt der Inhalte erreichen wir die verschiedenen Zielgruppen auch über unterschiedliche Angebotsformate wie geförderte Bildungsurlaube, Vortrags- und Veranstaltungsreihen für Erwachsene und politische Bildungsangebote für Jugendliche.

Weitere Informationen zu Arbeit und Leben Hamburg finden Sie unter:

www.hamburg.arbeitundleben.de





Jugendliche Teilnehmerinnen bei der Politik-Recherche

Beispiel Nachhaltigkeit

Vor dem Hintergrund seiner wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung und Aufmerksamkeit nahm das Themenfeld „Nachhaltigkeit und Globalisierung“ bei Arbeit und Leben im Jahr 2007 eine wichtige Rolle ein, quer durch Angebotsformate und angesprochene Zielgruppen fanden über das Jahr hinweg dazu unterschiedliche Veranstaltungen statt:

Unter dem Titel „Hamburg Tour – Der Nachhaltigkeit auf der Spur“ besuchten die Teilnehmenden in 14 Veranstaltungen die Naturschutzgebiete Heuckenlock oder Kaltehofe, diskutierten über Hafententwicklung und Wohnungsbauprojekte, über Gartenwelten und die wachsende Stadt. Auch in der Vortragsreihe „Hamburg global“ begaben sich die Teilnehmenden „auf Weltreise durch unsere Stadt“ und fragten nach den Einflüssen transnationaler Entwicklungen auf das hiesige Leben: Arbeitsbedingungen in der Globalisierung, wachsender Hafenumschlag, Prägung durch Migrationsentwicklungen. Im mehrtägigen Bildungsurlaub „Schiffahrt – Hebel der Globalisierung“ ging es um Fragen wie Containerisierung und Ausflagging. Früh ausgebucht und mit vielen positiven Stimmen in der Auswertung dokumentierte das

Seminar Interesse und Zufriedenheit. Ebenfalls lebendig und anschaulich wurde das Thema Nachhaltigkeit am Beispiel der Landwirtschaft in einem Seminar mit Kinderbetreuung unter dem Titel „Geschmacksfragen und Welthandel“ behandelt. Aktivität und Erlebnisorientierung standen im Vordergrund, als in Kooperation mit einem Jugendclub junge Teilnehmende das Thema Energie aufgriffen: Im Citybound wurden per GPS Schätze geortet, Energieformen im öffentlichen Raum gesucht, Verbrauchertypen ermittelt und Energiepläne aufgestellt. Neue Wege, interessante Erfahrungen und viel Zufriedenheit – das Thema Nachhaltigkeit fand in diesen Veranstaltungen viele Interessierte und seine eigene nachhaltige Vermittlung.

Arbeit und Leben Hamburg hat auch in 2007 seine Zielgruppen erreicht. 950 Menschen besuchten an rund 6.400 Veranstaltungstagen die Seminare, die über die Landeszentrale der politischen Bildung gefördert wurden. *Darüber hinaus sind diese Mittel Voraussetzung, um weitere öffentliche Fördermittel zu akquirieren und in Veranstaltungen umzusetzen. Dadurch konnten insgesamt 1960 Teilnehmende über politische Bildungsangebote in 2007 erreicht werden.*

- 44 geförderte Veranstaltungen (Bildungsurlaube und mehrtägige Seminare)
- 4 Veranstaltungsreihen mit insg. 33 Tagen
- 7 MitarbeiterInnen in der pol. Bildung
- 950 Teilnehmende

Arbeit und Leben Hamburg e.V.
Besenbinderhof 60
Ebene 4
20097 Hamburg
www.hamburg.arbeitundleben.de
office@hamburg.arbeitundleben.de

Öffnungszeiten:
Montag – Donnerstag:
9 – 12 Uhr und 13 – 17 Uhr
Telefon-Beratung und Anmeldung:
040 / 28 40 16 - 11
Fax: 040 / 28 40 16 - 16

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Seit Anfang 2004 ist die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit einem eigenen Büro in Hamburg präsent. Sie bietet offene Seminare und Veranstaltungen zu grundlegenden Themen des demokratischen Systems an. Zusätzlich entwickelt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in enger Kooperation mit Hamburger Schulen Geschichts- und Politikprojekte für Jugendliche unter 26 Jahren.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist die Stiftung für liberale Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Sie will dazu beitragen, dem Prinzip Freiheit in Menschenwürde in allen Bereichen der Gesellschaft Geltung zu verschaffen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben will die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zur Gestaltung der Zukunft beitragen. Die Stiftung bietet vielfältige Foren für den Austausch von Informationen und Erfahrungen in lebendigen Zusammenhängen. Es geht darum, Politik besser zu verstehen und die Bürger zur Beteiligung am politischen Prozess zu bewegen.

Das Programm des Regionalbüros Hamburg der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bietet Chancen für das eigenverantwortliche Lernen über individuelle Möglichkeiten der Gestaltung von Politik.

Die virtuelle Form der politischen Bildung ergänzt das bisherige klassische Bildungsprogramm.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

setzt insbesondere auf die Vermittlung von Handlungskompetenzen im demokratischen System. Sie verankert die erworbenen Kenntnisse im politischen Bewusstsein ihrer Teilnehmer und möchte sie anregen und ermutigen, die erworbenen Einblicke in das jeweilige Thema für ihr politisches Engagement zu nutzen.

Das Büro Hamburg der Friedrich-Naumann-Stiftung spricht mit seinem Regionalprogramm einen relevanten Teil der Hamburger Bevölkerung an und bietet ein niedrigschwelliges Angebot für die Auseinandersetzung mit Politik in Bürgerschaft und Verwaltung, sowie weiteren relevanten Themen, die das Zusammenleben in der Stadt betreffen. Schwerpunkthemen des Büros Hamburg sind:

- Aktive Bürgerschaft und Kommunalpolitik
- Bildung als Grundlage einer freien Gesellschaft
- Demokratie und Liberalismus
- Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Verfassungsreform
- Globalisierung und Entwicklung
- Friedenssicherung und Konfliktprävention
- Querschnittsthema:
„Die liberale Informationsgesellschaft“



Das Team der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Hamburg: Miriam Kötzler, Christiane Thörl, Lone Grabe



Bürgerbeteiligung in Stadtplanungsprozessen I – III
Podiumsteilnehmer: Prof. Dr. Ingrid Breckner, Professorin für Stadt- und Regionalsoziologie, TUHH; Erich Fülling, 1. Vorsitzender des Vereins Lebendiges Altona; Ludger Schmitz, Sanierungsbeauftragter der STEG, Bereich Altona; Christiane Thörl, Moderation

Aus unserem Jahresprogramm 2007 möchten wir zwei Veranstaltungen herausgreifen und Ihnen vorstellen:

Unsere Reihe Bürgerbeteiligung in Stadtplanungsprozessen I–III

Podiumsteilnehmer waren: Prof. Dr. Ingrid Breckner, Professorin für Stadt- und Regionalsoziologie, TUHH; Erich Fülling, 1. Vorsitzender des Vereins Lebendiges Altona; Ludger Schmitz, Sanierungsbeauftragter der STEG, Bereich Altona; Christiane Thörl, Moderation.

In Kooperation mit dem Verein Lebendiges Altona luden wir dazu ein, von den Experten auf dem Podium die Wege zu mehr Mitbestimmung in Stadtentwicklungs- und Sanierungsprozessen kennenzulernen und diese zu diskutieren. Die drei Veranstaltungen motivierten die Teilnehmer, sich als Bürge-

rinnen und Bürger möglichst umfassend an Erneuerungsprozessen zu beteiligen und sich so für ihren Stadtteil aktiv einzusetzen.

In der Veranstaltungsreihe „Mit Recht gegen Rechts“ luden wir ein zu einer Veranstaltungsreihe an Schulen unter dem Thema: ‚Die Gefährlichkeit rechtsextremer Musik‘. Mehrere Hundert Schüler verschiedener Hamburger Schulen nahmen daran engagiert teil.

Unser Referent Hans Joachim Stockschräger machte den Jugendlichen,

unterstützt durch zahlreiche Hörproben, deutlich, dass Musik auch auf Abwege führen, gefährlich sein kann, wenn sie in falsche Hände gerät. Die Jugendlichen erfuhren, dass die Gefährlichkeit rechtsextremer Musik oftmals unterschätzt wird, weil sie von der rechten Szene sehr bewusst eingesetzt wird und viel mehr umfasst als die so genannte „Skinhead-Musik“. Während der ca. 90-minütigen Veranstaltung zeigte Hans Joachim Stockschräger die Absichten der Szene auf und diskutierte anschließend mit den Schülerinnen und Schülern.

- Anzahl der gef. Veranstaltungen: ca. 45
- Anzahl der MitarbeiterInnen: Büroleitung und 2 Teilzeitmitarbeiterinnen
- Teilnehmende insgesamt: ca. 1300

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Büro Hamburg
Schwanenwik 31
22087 Hamburg
Tel.: 040 / 82 29 79 - 30
Fax: 040 / 82 29 79 - 31
Büroleitung: Christiane Thörl
hamburg@fnst-freiheit.org

HAUS RISSEN HAMBURG

Internationales Institut für Politik und Wirtschaft

HAUS RISSEN HAMBURG (HRH) wurde 1954 gegründet. Das gemeinnützige Institut versteht sich als partei- und interessenpolitisch unabhängige Einrichtung der ökonomischen und politischen Bildung. Besonders mit seinen Abendveranstaltungen erreicht es einen weiten Kreis von Hamburgerinnen und Hamburgern. HRH vermittelt Wissen über die Rolle von Unternehmen und Unternehmern in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Willkommen sind alle Menschen, die sich Klarheit über die Funktionsweise von Unternehmen und deren Rolle in Marktwirtschaft und Demokratie verschaffen wollen. Weitere Schwerpunkte widmen sich aktuellen Fragen der internationalen und europäischen Politik.

HAUS RISSEN FORUM

Noch vor zwei Jahren wurde der deutsche Wirtschaftsstandort in düsteren Farben beschrieben. Doch gerade in Hamburg finden sich viele Unternehmen, die erfolgreich am Standort Deutschland operieren. Daher etablierte HRH die Reihe HAUS RISSEN FORUM. Es stellt einige der „stillen Stars“ der Hamburger Wirtschaft vor. Erfolgreiche Unternehmer schilderten, wie sie expandieren, Marktanteile erobern und Wettbewerbsfähigkeit erreichen. Sie stehen für Dynamik und Qualität der deutschen Wirtschaft. Das HAUS RISSEN FORUM zeigt auf, wie neue Ideen, Initiativen und Strategien den politischen und wirtschaftlichen Wandel aktiv gestalten können. Unter der Gesprächsleitung von Dirk Bergmann, dem früheren Leiter der NDR-Wirtschaftsre-



FOTO: BENJAMIN BRECKWOLDT

Das Hauptgebäude des HAUS RISSEN HAMBURG

daktion (Fernsehen), vermitteln die Unternehmer Einblicke in ihr Denken und Handeln. Die Auswirkungen politischer Rahmenbedingungen auf die Wirtschaft werden ebenso deutlich wie die jeweiligen Besonderheiten unterschiedlicher Unternehmensformen. Im Jahr 2007 sprachen Jörn Aldag (Evotec AG), Michael Behrendt (Hapag-Lloyd), Stefan Dräger (Drägerwerk AG), Hans Heinrich Driftmann (Peter Kölln KGaA), Thomas H. Eckelmann (Eurogate), Michael Eggenchwiler (Flughafen Hamburg GmbH), Peter Kowalsky (Bionade GmbH), Alexander Otto (ECE Projektmanagement) und Dieter Schnabel (Helm AG).



FOTO: HAUS RISSEN HAMBURG

Szene aus dem Seminar Klimaschutz

Politics-To-Go

Mit einem Audiocast beschreitet HRH mit finanzieller Unterstützung durch die Landeszentrale seit Januar 2007 neue Wege in der Vermittlung von Inhalten der ökonomischen und politischen Bildung. Im kompakten Zehn-Minuten-Format liefert Politics-To-Go einmal monatlich Hintergründe, Zusammenhänge und Analysen zu aktuellen Themen aus Politik und Wirtschaft. Gerade junge berufstätige Menschen haben heute kaum noch Zeit, Vorträge oder Seminare zu besuchen. Dennoch besteht ein großes Bedürfnis nach unabhängiger Analyse und Aufklärung. Mit Politics-To-Go wird es möglich, Informationen der politischen Bildung auf dem Weg zur Arbeit in Bus, Bahn oder im Auto zu hören. Die Inhalte liefern die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts. „Die Zukunft unserer Arbeitsplätze im Zeitalter der globalen Produktion“ gehörte ebenso zu den Themen wie „Das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland“, „Die europäische Integration“ oder die Wirklichkeit der „Generation Praktikum“. Zu einem angenehmen Hörerlebnis werden diese Inhalte durch die Produktion der Audiocasts durch die Firma earpaper, die hohe Qualitätsmaßstäbe an eine Radioproduktion anlegt. Die ersten neun Ausgaben erreichten bislang rund 10.000 Hörerinnen und Hörer. Über die besonders vorgestellten Projekte hinaus veranstaltete HRH

2007 für Hamburgs Bürgerinnen und Bürger Seminare zur „Politik und Ökonomie der Lebensmittelbranche“, zu „Hamburgs Beziehungen zur Golfregion“ und zum „Klimawandel und Klimaschutz“. Zum festen Angebot gehören weiterhin die Diskussionsabende zu aktuellen Themen aus Mittel- und Osteuropa sowie der Politische Club. Im Rahmen dieses monatlichen Treffpunkts werden aktuelle Fragestellungen der internationalen Politik diskutiert.

- Anzahl der geförderten Veranstaltungen: 34
- Anzahl der Mitarbeiter (bezogen auf die o. a. Veranstaltungen): 4 wissenschaftliche Mitarbeiter
- Teilnehmende insgesamt (bezogen auf die o. a. Veranstaltungen): 1114



FOTO: HAUS RISSEN HAMBURG

Seminarteilnehmer aus Moskau beim Europapuzzle

HAUS RISSEN HAMBURG
Rissener Landstraße 193
22559 Hamburg
Ansprechpartner:
Dr. Eckard Bolsinger
Tel.: 040 / 81 90 70
Fax: 040 / 81 907 759
mail@hausrissen.org
www.hausrissen.org

Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag:
8:00 bis 17:30 Uhr
Freitag: 8:00 bis 15:45 Uhr

Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Das Julius-Leber-Forum ist das Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist eine gemeinnützige, private und kulturelle Einrichtung, die den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet ist.

Wir bieten eine Plattform zum Dialog von Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Verbänden,

- Tages- und Abendveranstaltungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen,
- Fachtagungen und -konferenzen zu landespolitischen Fragen,
- Wochen- und Wochenendseminare zur politischen Bildung für interessierte Bürgerinnen und Bürger,
- Qualifizierungsseminare für kommunalpolitische Nachwuchskräfte, aktive Bürger/innen im Ehrenamt sowie Schülervertreter/innen, Schülerzeitungsredakteurinnen und Schülerzeitungsredakteure

Unsere Themen konzentrieren sich besonders auf Fragen der gerechten demokratischen Gesellschaft, der Reformpolitik, die Zukunft der Bildung und der Stadtentwicklung sowie die solidarische Gestaltung der Globalisierung. Im Rahmen unserer Foren unterbreiten wir regelmäßig gesellschaftspolitische Gesprächsangebote zu aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Themen mit einem regionalen Bezug.



FOTO: JULIUS-LEBER-FORUM

Podiumsdiskussion im Julius-Leber-Forum: (v.r.n.l.) Dietmar Ebert (Moderator), Shi Ming (Journalist), und Dr. Günter Schucher (Direktor des GIGA Instituts für Asien-Studien).

Im Jahr 2007 hat das Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hamburg sechzig Veranstaltungen angeboten, darunter elf, die aus Mitteln der Landeszentrale für politische Bildung gefördert wurden. Unter diesen Veranstaltungen sind vor allem zwei Reihen hervorzuheben:

Mit dem BildungsForum möchte das Julius-Leber-Forum wichtige Aspekte der bildungspolitischen Diskussion aufgreifen und Impulse aus der aktuellen Bildungsdebatte in den Mittelpunkt stellen, die für Hamburg relevant sind. Auf diese Weise sollen die anstehenden Reformen im Diskurs begleitet werden. Im Jahr 2007 wurden zwei BildungsForen durchgeführt:

Prof. Dr. Wilfried Bos stellte als Mitglied des Aktionsrates Bildung dessen Gutachten vor, das die bestehende Bildungsungerechtigkeit untersucht und Vorschläge entwickelt, Gerechtigkeit zu realisieren.

Auf dem zweiten BildungsForum hielt Prof. Dr. Christian Pfeiffer ein Plädoyer gegen die Medienverwahrlosung von Jugendlichen. Die Beiträge wurden jeweils von Impulsbeiträgen aus der Hamburger Bildungslandschaft begleitet.

Das StadtCafé Hamburg der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde im Herbst des Jahres 2007 neu ins Programm aufgenommen. Es lädt ein, Anregungen und Erfahrungen zu stadtentwicklungspolitischen Fragen neu zu bewegen. Experten und Akteure der Hamburger Stadtentwicklung diskutieren mit Hamburger Bürgerinnen und Bürgern. Dabei wird an die Caféhaus-Kultur angeknüpft: Bei einer Tasse Kaffee oder Tee wird gesprochen, abgewogen, hinterfragt, zugehört und argumentiert. Die aktive Beteiligung der Gäste ist ausdrücklich erwünscht. Die Eröffnungsveranstaltung mit Dr. Michael Naumann befasste sich mit dem Zusammenwachsen der Stadtteile. Im zweiten StadtCafé Hamburg wurde lebhaft über die Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit von Stadtteilbeiräten und Stadtteilkonferenzen diskutiert.

Mit Fragen der Stadtentwicklung setzten sich auch ein einwöchiges Bildungsurlaubsseminar und ein Wochenende auseinander, letzteres speziell mit Fragen des hamburgischen Gesundheitswesens.

Weitere mehrtägige Veranstaltungen befassten sich mit muslimischem Leben in Hamburg, mit Fragen der Globalisierung sowie mit den Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Highlight innerhalb einer Woche zur Rolle Chinas in den deutschen Medien war eine Podiumsdiskussion mit den Journalisten Shi Ming und Stefan Niemann und Dr. Günter Schucher, Direktor des Hamburger GIGA Instituts für Asien-Studien.

Die Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden in Hamburg entweder im Tagungsraum des Julius-Leber-Forums oder in Tagungshäusern und Hotels statt.

- Anzahl der geförderten Veranstaltungen: 11
- Teilnehmende insgesamt: 455



FOTO: JULIUS-LEBER-FORUM

Ein Blick ins StadtCafé Hamburg der Friedrich-Ebert-Stiftung

Julius-Leber-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Rathausmarkt 5
20095 Hamburg
Tel.: 040 / 32 58 74 0
Fax: 040 / 32 58 74 30
hamburg@fes.de
www.julius-leber-forum.de
www.fes.de

Öffnungszeiten:
Montag – Donnerstag: 10.00 – 16.00
Freitag: 10.00 – 14.00

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) ist der Fachdienst der Nordelbischen Ev.-luth. Kirche für die Themen Arbeit und Wirtschaft mit einem vielfältigen Aufgabenspektrum. (Nähere Informationen unter www.kda-nordelbien.de, auch weiterführende Texte zu den Veranstaltungen). In den geförderten Veranstaltungen im Jahr 2007 befasste sich der KDA mit sozial- und wirtschaftsethischen Fragestellungen. Im Bereich der Sozialethik ging es um die Frage eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle. Wirtschaftsethisch warf der KDA die Frage der Verantwortung von Konsumenten einerseits und von Importeuren und global agierenden Konzernen in Hamburg andererseits für menschenwürdige Herstellungsbedingungen bei Bekleidung auf.

Grundeinkommen: Eine plausible Antwort auf Fragen der Gegenwart?

Können wir mit einem bedingungslosen Grundeinkommen die aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme lösen? Ist die Zeit reif für eine so grundlegende Sozialreform, die unseren herkömmlichen Arbeits- und Leistungsbegriff und damit unser ganzes Menschenbild auf den Kopf stellt? Sollen alle Geld bekommen, ohne dafür hart arbeiten zu müssen? Wie ist das mit unserem Menschenbild vereinbar? Werden Menschen ohne Zwang ihren Teil zum Gemeinwohl beitragen und tätig sein wollen? Wie wird sich ein Grundeinkommen auf die Bedürftigsten unserer Gesellschaft auswirken? Diesen



FOTO: KDA

Prof. Dr. Christian Juckenack, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit in Thüringen bei seinem Vortrag zum Grundeinkommen am 8.11.07 in der Christianskirche in Ottensen.

Fragen gingen wir auf unserer halbtägigen Veranstaltung in der Christianskirche Ottensen mit vielen Expertinnen und Experten nach. Wir haben beispielhaft die Idee eines Solidarischen Bürgergelds von Dieter Althaus vorgestellt, andere Modelle kennengelernt und mit Expertinnen und Experten beurteilt. Die von uns eingeladenen Personen beleuchteten das Thema aus ihren unterschiedlichen fachlichen Disziplinen heraus, theologisch, sozial, wirtschaftlich und politisch, und trugen so zur differenzierten Meinungsbildung bei.

Fair einkaufen – aber wie?

Welche Verantwortung tragen wir als KonsumentInnen für die Herstellungsbedingungen unserer Bekleidung? „Fair einkaufen – aber wie?“, lautete die

Leitfrage unserer eintägigen Veranstaltung mit Vertretern von Tchibo, der Verbraucherzentrale und der Kampagne für Saubere Kleidung.

Viel mehr Menschen als wir denken würden auf soziale-gerechte Bedingungen bei der Herstellung von Bekleidung wert legen, wenn es diese gäbe. Wir haben keine Wahl als Konsumenten und Konsumentinnen. Die ethische Verantwortung liegt derzeit bei den Produzenten, den ethisch motivierten KäuferInnen auch tatsächlich die Wahlfreiheit zum sozial fairen Einkaufen bei der Bekleidung zu geben. Komplizierte und ineffektive Sozialstandards und Codes of Conducts, zertifizierte Kontrollverfahren von großen Firmen sind für VerbraucherInnen unübersichtlich und verändern die Lebens- und Arbeitssituation der Fabrikangestellten in den Herstellerländern wenig zum Positiven. Die Anliegen der KonsumentInnen scheinen die Einkaufs-Verantwortlichen der Bekleidungskonzerne nicht ganz kühl zu lassen, denn einige nahmen an unserer Veranstaltung teil und ließen sich vielleicht sogar berühren.

Wie fair kaufen Hamburgs Bekleidungsimporteure ein?

Folgerichtig ging es in unserer nächsten Veranstaltung, die im Rahmen der „Fairen Woche“ stattfand um die Verantwortungspielräume von Bekleidungsimporteuren in Hamburg.

Einzelne Bekleidungshändler haben damit begonnen, ihre Hersteller auf die Business Social Compliance Initiative und damit die Einhaltung elementarer Arbeitsrechte zu verpflichten und ethische Spiel-

räume wahrzunehmen. Am Beispiel der niederländischen Fair Wear Foundation wurde gezeigt, wie diese noch effektiver ausgefüllt werden könnten. Eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Produktlabelings und zu politischen Gestaltungsräumen schloss sich an.

- Anzahl der geförderten Veranstaltungen: ca. 3
- Anzahl der beteiligten MitarbeiterInnen: ca. 3
- Teilnehmende insgesamt: ca. 240

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. richtet sich mit ihrem Bildungsangebot grundsätzlich an alle politisch interessierten Bürger. Die regionale Verankerung durch ihre Bildungswerke ist dabei eine besondere Stärke: Bundesweit gibt es zwei Bildungszentren und 16 Bildungswerke. Besondere Anliegen der Stiftung national und international sind die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Die politischen Grundsätze des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer sind Leitlinie, Auftrag und Verpflichtung für die 1964 nach ihm benannte Stiftung, die aus der 1955 gegründeten „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ hervorgegangen ist.

Das Hermann-Ehlers-Bildungswerk Hamburg der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. ist seit 1979 – bis 1993 als Hermann-Ehlers-Akademie Hamburg – Anbieter der politischen Bildung in Hamburg. Es trägt den Namen des zweiten Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers, der zugleich Stellvertreter Adenauers in der CDU war. Beiden großen Männern gelang es, Menschen beider Konfessionen politisch zusammenzuführen und das Trennende zu überwinden.

Das Bildungsangebot der Konrad-Adenauer-Stiftung Hamburg reicht von Themen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Europapolitik und der transatlantischen Zusammenarbeit über Fragen der Wirt-



Konrad Adenauer
(1876 – 1967)

.....
durch Terrorismus und Extremismus. Dies alles wird in Kolloquien, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Foren, Expertengesprächen, Seminaren und Studienreisen sowie kulturellen Veranstaltungen (Lesungen und Konzerten) vermittelt. Gefördert und organisiert werden darüber hinaus auch Veranstaltungen für besondere Interessentengruppen aus Schulen – als Ergänzung zum Unterricht –, Hochschulen, Vereinen, Verbänden und anderen Institutionen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung Hamburg sprach mit ihrem von der Freien und Hansestadt Hamburg geförderten Veranstaltungsprogramm 2007 zum einen insbesondere jüngere Menschen an, zum anderen aber auch Zielgruppen wie Schichtdienstleistende und schwerbehinderte Arbeitnehmer und desgleichen an politischen Fragen allgemein interessierte Bürger der Stadt. Das Programm umfasste dabei als Schwerpunkte vor allem Fragen der weit gefächerten Europapolitik unter dem Aspekt der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Außen- und Sicherheitspoli-

schafts- und Sozialpolitik, des bürgerschaftlichen Engagements und des Einsatzes für unsere auf christlichen Fundamenten fußende Demokratie, der Bedeutung der Familie, der Kultur und Bildung bis hin zu Themen der Innenpolitik und der Bedrohung

tik, der Klimapolitik sowie der Inneren Sicherheit und Justizpolitik, desgleichen wandte es sich auch Fragestellungen zu wie den Themen Patriotismus, Integration, Demographie, Sozialpolitik, Arbeitsmarkt, Globalisierung, Parteiensystem.

Die gerade für Schüler der gymnasialen Oberstufe angebotenen europapolitischen Planspiele bieten den entscheidenden Vorteil, dass sie die prozessuale Dimension von Politik, d. h. die Entscheidungsabläufe zwischen den wichtigsten Organen der EU (Kommission, Rat, Parlament, Gerichtshof, Wirtschafts- und Sozialausschuss), deutlich und durch die persönliche Befassung mit den EU-Organen und deren Abstimmungsverfahren die politische Entscheidungsfindung konkret erfahrbar machen. Die Schüler – selbst aktiv beteiligt – arbeiten sich intensiv in die Interessen, Motive und Positionen der unterschiedlichen politischen Akteure innerhalb der EU ein. Sie lernen zu verstehen, warum das komplizierte System notwendig ist und warum es so schwer ist, zu einem Kompromiss zu gelangen. Die Seminare



Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Hamburg

helfen, Vorurteile nicht nur gegenüber der EU, sondern auch gegenüber „der Politik“ und „den Politikern“ allgemein abzubauen. Demokratie kostet Zeit, weil alle wichtigen Interessen eingebunden werden sollen. Demokratie ist aufwendig, weil im Interesse aller verhindert werden muss, dass sich immer nur einer durchsetzt.

- Anzahl der Anzahl der von der LZ geförderten Veranstaltungen: 17
- Anzahl der freien Mitarbeiter (bezogen auf die o. a. Veranstaltungen): 26
- Teilnehmende insgesamt (bezogen auf die o. a. Veranstaltungen): 737

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hermann-Ehlers-Bildungswerk
Hamburg
Warburgstraße 12
20354 Hamburg
Tel.: 040 / 21 98 508 - 0
Fax: 040 / 21 98 508 - 9
kas-hamburg@kas.de
www.kas.de
www.kas-hamburg.de

Bürozeiten:
Montag – Donnerstag:
8.00 – 17.00 Uhr
Freitag:
8.00 – 12.00 Uhr

Die Neue Gesellschaft e.V.

Die Neue Gesellschaft, Vereinigung für politische Bildung e.V., ist seit 1954 Anbieter der politischen Bildung. Sie bietet offene Seminare und Veranstaltungen zu unterschiedlichen politischen Themenbereichen an. Zusätzlich wurden, teilweise in Kooperation mit anderen Einrichtungen, politische Gesprächskreise in verschiedenen Stadtteilen ins Leben gerufen. Die Neue Gesellschaft (NG) wurde 1954 von ehemaligen Widerstandskämpfern und Widerstandskämpferinnen gegen die NS-Diktatur gegründet und versteht sich von Beginn an als „parteilich unabhängige“ Einrichtung, die stets den Interessen von Minderheiten Gehör verschafft hat. In diesem Sinne war und ist die NG immer überparteilich, aber nicht unparteilich gewesen.

Politische Bildung wird in der NG nicht in erster Linie als „Institutionenkunde“ sondern als „praktizierte Demokratie“ verstanden. In diesem Sinne sieht die NG ihre Aufgabe u. a. darin, Regierungspolitik (egal von welcher Partei bzw. Koalition) kritisch zu reflektieren.

Die NG ist dem Leitbild des „mündigen Staatsbürgers“ verpflichtet, d. h. es geht in erster Linie darum, die Urteils- und Kritikfähigkeit der Teilnehmer/innen zu fördern.

Die NG verfügt durch langjährige Aktivität über ein gutes Netzwerk innerhalb der Hamburger Politikszene und bei wissenschaftlichen Einrichtungen. Dies ermöglicht es der NG, ihren Teilnehmern und

Teilnehmerinnen immer wieder „Informationen aus erster Hand“ zu bieten.

Im Jahr 2007 hatten folgende Themen in der NG eine besondere Priorität: die Zukunft der Stadt Hamburg; die Zukunft des Sozialstaats; die Globalisierung und



FOTOS: NEUE GESELLSCHAFT

Seminargruppe der Neuen Gesellschaft in Prag

der Dialog der Kulturen. Die NG hat diese Schwerpunkte sowohl in ihren Gesprächskreisen als auch in Tagesveranstaltungen und Bildungsurlaubsseminaren behandelt. Insbesondere die Seminare „Medienstadt Hamburg“ und „Hafenstadt und Wirtschaftsstandort Hamburg“ verschafften den Seminarteilnehmern und -teilnehmerinnen viele neue und differenzierte Einblicke in medien- und wirtschaftspolitische Fragen Hamburgs.

Die Seminare in verschiedenen EU-Ländern, wie Polen, Tschechien, Lettland, dienen dem Abbau von Vorurteilen, der Begegnung und Förderung des „EU-Gedankens“. Dabei wird auch stets auf die Aufarbeitung der NS-Geschichte Bezug genommen. Die Seminare im Dreiländereck Görlitz erfüllen in besonderer Weise diese Zielsetzung.

Die NG befasst sich selbstverständlich auch mit aktuellen Themen und bietet dazu Tagesseminare an, zuletzt u. a. zum Thema „Klima“ mit Dr. Bakan vom Max-Planck-Institut, zum Thema „Rechtsextremismus“ sowie zum Thema „Zukunft des Sozialstaats“ mit Otmar Schreiner.

Der Internationale Gesprächskreis beschäftigte sich im vergangenen Herbst sehr intensiv mit China und Indien. Dabei wurde u. a. auch darüber diskutiert, wie sich die ökonomische Entwicklung dieser beiden Staaten auf die „Ökologie“, insbesondere die Klimafrage, auswirkt.

Die NG wird auch im Jahre 2008 den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen und u. a. Veranstaltungen zum Thema „Kinderarmut“ und „Hedge-Fonds“ durchführen und z. B. in einem Tagesseminar eine

kritische Reflexion der „Achtundsechziger“ vornehmen. Damit reagiert die NG auf Anregungen und Wünsche ihrer Teilnehmer/innen.

Dr. Joachim Federwisch
Geschäftsführer

- Anzahl der geförderten Veranstaltungen: 126, darunter 9 BU-Seminare
- Anzahl der damit befassten päd. Mitarbeiter: 8
- Anzahl der Teilnehmer : 1.832 (beim BU nur einmal gezählt)

Die Neue Gesellschaft e.V.
Osterstraße 58
im Haus der Zukunft
20259 Hamburg
Tel.: 040 / 44 75 25
Fax: 040 / 45 40 03
kontakt@die-neue-gesellschaft.de
www.die-neue-gesellschaft.de

Geschäftsführer:
Dr. Joachim Federwisch
Sekretariat:
Martina Fox
Buchhaltung und Seminarleiter:
Dr. Werner Hinze

Erziehung zur Demokratie. Mit diesem Anspruch ist die Staatspolitische Gesellschaft 1959 an den Start gegangen. Von Christdemokraten gegründet, betreibt sie ihre Bildungsarbeit seit nunmehr fast 50 Jahren dennoch überparteilich und dem Beutelsbacher Konsens verpflichtet, der die Neutralität der politischen Bildungsarbeit sichert.

Wir wollen in einer komplexer werdenden Umwelt Wissen vermitteln und Mut machen, den eigenen Standpunkt zu finden und zu vertreten. Deswegen steht bei uns die Begegnung zwischen Bürger und Politik im Mittelpunkt. Echte Demokratie kann nur leben und gedeihen, wenn sich die Menschen nicht als Opfer von Politik betrachten, sondern ihre gestaltende Rolle in der Gesellschaft offensiv wahrnehmen. Rund 3000 Teilnehmer gehen diesen Weg jedes Jahr mit uns.

Der Auftrag der „Erziehung zur Demokratie“ ist zum einen noch brandaktuell, zum anderen hat er sich in den letzten Jahrzehnten deutlich erweitert. Wo am Anfang die Institutionenkunde stand, schlagen wir heute Schneisen in komplexe Themenfelder und versuchen, die Kurzatmigkeit der Mediendemokratie durch substantielle Information zu ergänzen.

Zum Kernprofil der Staatspolitischen Gesellschaft gehört dabei die Auseinandersetzung mit den deutschen Diktaturen in Ost und West. Noch lange vor dem Ende des Sozialismus in Ostdeutschland hat sich die Gesellschaft mit der deutschen Einheit be-

schäftigt und sie durch deutsch-deutsche Seminare befördert. Nach der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR verfolgen wir mit Spannung die Transformationsprozesse der ostdeutschen und osteuropäischen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme. Beispielhaft stehen hierfür unsere Bildungsurlaube mit dem Fahrrad in den neuen Bundesländern. In Gesprächen und Terminen vor Ort versuchen wir, „Aufbau Ost“ erlebbar zu machen und im Konkreten kennenzulernen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der föderale Wettbewerb in der Bundesrepublik: Wir untersuchen die 16 Bundesländer auf Spitzenreiter und Schlusslichter und versuchen, spezifische Probleme und Chancen zu erkennen.

Als Hamburger Bildungsträger liegt uns unsere Stadt und ihre Politik natürlich besonders am Herzen. Wichtige Entwicklungen in der Stadtentwicklung und kontroverse Fragen der Landespolitik spielen bei uns eine wichtige Rolle und nehmen breiten Raum in unserem Programm ein. Abgerundet wird unser Programm durch Veranstaltungen zu allen grundlegenden Themen von der Kommunalpolitik bis zur internationalen Bühne.

Wissen soll für uns zu politischem Engagement führen. Damit kann die Arbeit in Verein, Partei oder Gewerkschaft gemeint sein. Aber auch die persönliche Befassung mit Politik und das lebendige Diskutieren im privaten Leben sind für uns zentraler Bestandteil einer lebenden und aktiven Demokratie. Deshalb wollen wir nicht nur trockenes Wissen ver-



FOTO: STAATSPOLITISCHE GESELLSCHAFT

Gebäude der Staatspolitischen Gesellschaft in der Ohlsdorfer Straße 37

mitteln, sondern die spannenden Prozesse der Meinungs- und Mehrheitsbildung transparent machen und Distanzen zwischen Politik und Menschen überwinden. Deswegen stehen bei uns die Begegnungen mit Politikern, Wirtschaftskapitänen, Aktiven und Akteuren im Mittelpunkt.

Unser Angebot richtet sich an alle Interessierten aus Hamburg und Umgebung. Unser Programmheft erscheint zweimal jährlich im Juli und Dezember und kann kostenlos in der Geschäftsstelle angefordert werden. Gruppen können bei uns Veranstaltungen unseres Programms separat zu eigenen Terminen buchen oder wir gestalten zusammen mit Ihnen ein Thema nach Ihren Vorstellungen. Für Schülerinnen und Schüler halten wir ein gesondertes Programm bereit: KONRAD umfasst fertige Module und Exkursionen z. B. zu den Themen Integration, Bundespolitik oder Geschichte. Auch hier passen wir die

Module in Inhalt und Dauer den Anforderungen des Schulunterrichtes an.

Unser Angebot umfasst von der kleinen Vortragsveranstaltung am Abend in unserem gemütlichen Bleicherhaus in Winterhude bis zur mehrwöchigen Studienfahrt auf andere Kontinente alle Formen der politischen Bildung. Unsere Referentinnen und Referenten sind Menschen aus der Praxis mit einer Leidenschaft für Politik. Wir laden Sie ein, mit uns zu reisen und zu erforschen, zu diskutieren und zu erleben. Bei uns finden Sie politische Bildung, die Spaß macht. Seien Sie willkommen.

- Anzahl der geförderten Veranstalt.: 119
- Anzahl der Mitarbeiter: 4 feste Mitarbeiter und ca. 25 freie Referenten
- Teilnehmende insgesamt: ca. 2500

Staatspolitische Gesellschaft
Ohlsdorfer Straße 37
22299 Hamburg
Tel.: 236 48 33 - 0
Fax: 236 48 33 - 19
kontakt@sghamburg.de
www.sghamburg.de

Öffnungszeiten:
Montag – Donnerstag:
9 – 14 Uhr

Zukunftsfähig + interkulturell + geschlechterdemokratisch ...

... sind die Schwerpunkte unserer Bildungsarbeit in Theorie und Praxis. *umdenken* ist das Landesbildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung, das seit 1984 grünennahe politische Bildung für Erwachsene und Jugendliche anbietet. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Diskussion und Einmischung Vorrang vor autoritären Entscheidungen und Desinteresse haben. Die Bildungsarbeit ist daher handlungs- und prozessorientiert und lokale Aspekte werden ebenso berücksichtigt wie globale. Ob Bildungsurlaub, Grüner Salon, Ladies Lunch, Abendveranstaltung, Stadtteilrundgang, alle dienen unserem Ziel – **gemeinsam klüger werden**.

Schwerpunkte der politischen Bildung in 2007 waren neben den traditionellen Feldern von *umdenken* – Nachhaltigkeit, Interkultur, Geschlechterdemokratie – auch Arbeit und Soziales sowie Europa. Aus Platzgründen können an dieser Stelle jedoch nur einige Veranstaltungen näher beschrieben werden. Seit Jahren zählen Bildungsurlaube in Tagungshäusern mit Kinderbetreuung zu unserem Angebot, weil sie Eltern die Möglichkeit zur politischen Bildung bieten. Im Seminar „Fit für morgen?! Herausforderungen an Eltern und Kinder von heute“ wurden Themen für ein nachhaltiges Familienleben bearbeitet: Ernährung + Gesundheit, interkulturelle Bildung, Umgang mit modernen Medien und demokratische Erziehungsmethoden wurden diskutiert.

umdenken führte ebenfalls einen Bildungsurlaub in Berlin durch („Stadtplanung für Menschen mit und ohne Behinderung“), mit dem es gelang, eine Zielgruppe zu erreichen, die sonst nur wenig an politischer Bildung partizipieren kann.

Erwähnenswert ist auch ein zweiwöchiger Bildungsurlaub nach Sansibar und Tansania. Ein Höhepunkt des Programms war die Führung durch ein sansibarisches Dorf mit einer heimischen NGO, die ihre entwicklungspolitische Arbeit durch Ökologie-Projekte finanziert. Die Führung vermittelte kulturelle, wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte des Lebens im Dorf unter besonderer Berücksichtigung von wirtschaftlichen Frauenprojekten. Beim Besuch der Opposition und der Universität kam es zu spannenden Gesprächen mit TansanierInnen.

Auch die Bildungsreise nach Istanbul „Die Türkei auf dem Weg nach Europa“ war ein großer Erfolg: Der Fokus lag dabei auf der politischen und rechtlichen Situation von Minderheiten in der Türkei. Hier erfuhren die Teilnehmenden, welche Schritte vor dem Hintergrund möglicher EU-Beitrittsverhandlungen diesbezüglich unternommen werden.



Bildungsseminar in Berlin (in Kooperation mit *Leben mit Behinderung Hamburg*)



Bildungsseminar in Tansania

Unsere Bildungsreisen innerhalb Deutschlands wurden ebenfalls stark nachgefragt. Mit „Vom Meer lernen“ fand ein einwöchiges Seminar auf Sylt statt, das sich der Bedeutung des Meeres widmete (Klima, Energie, Ernährung, Forschung, Fluchtweg).

Weiterhin ist ein Tagesworkshop besonders hervorzuheben, auf dem potentielle Strategien diskutiert wurden, wie die in Deutschland lebenden afrikanischen MigrantInnen eine wichtige Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit übernehmen können. Da diese Zielgruppe traditionell schwer zu erreichen ist, war es für den Verein ein Zeichen gelungener Arbeit, dass 18 afrikanische MigrantInnen teilgenommen haben. Eine Fortführung dieser Arbeit ist in Planung. Unser „Ladies Lunch on tour“ – ein Abendveranstaltungsformat der Heinrich-Böll-Bundesstiftung, das seit 2004 durchführt wird – zum Thema „Islamischer Feminismus“ war ebenfalls eine sehr gut besuchte Veranstaltung, auf der über 70 Frauen und einige Männer unterschiedlicher Religionen miteinander diskutierten.

umdenken

Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.

Max-Brauer-Allee 116

22765 Hamburg

Ansprechpartnerin: Karin Heuer

(Geschäftsführung)

Tel.: 040 / 389 52 70

Fax: 040 / 380 93 62

info@umdenken-boell.de

www.umdenken-boell.de

Öffnungszeiten:

Montag – Donnerstag:

10 – 16 Uhr;

Freitag: 10 – 13 Uhr

Zwei weitere Formate sind erwähnenswert, weil sich *umdenken* damit ein Stück von der klassischen Form des Podiums entfernt: die Filmreihe „Hinter dem Zaun“ mit anschließenden Gesprächen zum Themenfeld Flucht und Migration aus Nordafrika sowie der Stadtrundgang „St. Pauli und die Neue Armut ... die Globalisierung vor

der Haustür“, der inhaltlich einen Borgen von Globalisierung zu Entwicklungen auf lokaler Ebene spannte und mit dem Besuch einer Initiative endete. Die Anzahl der Interessierten hat gezeigt, dass beide Formate geeignet sind, Teilnehmende zu gewinnen und Inhalte zu vermitteln.

Viele weitere Veranstaltungen waren gut besucht, einige dagegen waren von der Anzahl der Teilnehmenden enttäuschend, die dann aber für die wenigen Gäste den besonderen Vorteil exklusiver Gesprächskreise boten.

- Anzahl der von der Landeszentrale geförderten Veranstaltungen: 40 inkl. BU
- Anzahl der MitarbeiterInnen: 3 Teilzeitstellen
- Teilnehmende insgesamt (bezogen auf die o. a. Veranstaltungen): 1.224

Das ver.di Bildungswerk Hamburg e.V. (früher DAG) ist seit 32 Jahren Anbieter der gewerkschaftlichen und politischen Bildung. In seiner gesellschaftlichen und politischen Orientierung fühlt es sich den Werten der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik sowie der Gewerkschaftsbewegung verbunden.

Das (ehemalige DAG-) Bildungswerk wurde 1974 durch ehrenamtliche Mitglieder der DAG gegründet. Mit der Gründung wurde die Zielsetzung verfolgt, durch geeignete Bildungsangebote die gewerkschaftliche Arbeit zu unterstützen sowie durch allgemeinpolitische Bildungsangebote zur demokratischen Willens- und Wissensbildung in der Hamburgischen Bevölkerung beizutragen.

Aus der Nähe des ver.di Bildungswerks Hamburg e. V. zur Gewerkschaftsbewegung ergeben sich spezifische Themenschwerpunkte:

- Wirtschaft, Demokratie und Gesellschaft
- Aktuelle Fragen der Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitsbedingungen
- Demokratie und Mitbestimmung in der Arbeitswelt
- die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihre Bedeutung für eine demokratische Gesellschaft
- die Geschichte der Bundesrepublik (insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus)



Ausgrabungen am OP 2

Darüber hinaus bietet das ver.di Bildungswerk Hamburg Veranstaltungen zu Themen an, die zum Teil im Zusammenhang mit den Schwerpunkten stehen:

- Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit
- die verbesserte Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben
- Generationengerechtigkeit und Seniorenpolitik
- EDV-Seminare

Das ver.di Bildungswerk Hamburg hat im Jahre 2007 insgesamt 59 Seminare zu den genannten Themenschwerpunkten durchgeführt. An diesen Seminaren haben ca. 600 Personen teilgenommen. Die meisten Seminare waren als Bildungsurlaubsangebot anerkannt (eine statistische Information zu den von der Landeszentrale geförderten Seminaren findet sich in dem hervorgehobenen Kasten).

Das ver.di Bildungswerk arbeitet ausschließlich mit externen Referentinnen und Referenten, die alle einen praktischen Hintergrund in der Gewerkschaftsbewegung oder in anderen sozialen Bewegun-



Freilegung Toiletten Ende

gen haben. Dies fördert ein besonderes Engagement bei der inhaltlich-methodischen Vorbereitung und Durchführung der Seminare.

Bei den von der Landeszentrale für politische Bildung geförderten Seminaren nimmt die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, z. B. unter dem Semintitel „Buchenwald – wider das Vergessen“, eine besondere Stellung ein. Diese Seminare sind konzeptionell so gestaltet, dass sie sich nicht auf einen informativen Besuch der Gedenkstätte Buchenwald beschränken. Fast alle Seminare, die zu diesem Themenschwerpunkt stattfinden, zeichnen sich neben



Gedenkplatte auf dem Appellplatz (Mahntafel)

dem Informations- auch durch einen hohen Praxisanteil aus. Die Mitarbeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Ausgrabungs- und Pflegearbeit im Bereich des ehemaligen Lagers sowie in der Restaurationswerkstatt oder im Archiv gehört zu den elementaren Bestandteilen dieser Seminare. Ebenso haben die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Umgebung Buchenwalds – in diesem Jahr z. B. Weimar – oder der Umgang mit der Geschichte in der ehemaligen DDR ihren Platz in den Seminaren. Ein zweiter wichtiger Themenbereich in den von der Landeszentrale geförderten Seminaren beschäftigt sich mit der Gestaltung der Demokratie in Betrieb und Dienststelle. In diesen Seminaren, die mit jeweils speziellen Ausrichtungen unter dem Titel „Aktiv im Betrieb“ ausgeschrieben werden, werden Ansatzpunkte für persönliches Engagement am Arbeitsplatz aufgezeigt und entwickelt. Auch ohne Bindung an die Mitgliedschaft in einer Organisation bestehen eine Reihe rechtlicher Möglichkeiten des persönlichen Engagement, die aber vielen Personen unbekannt sind und in diesen Seminaren vermittelt werden.

- Von der Landeszentrale geförderte Veranstaltungen: 5
- Anzahl der Mitarbeiter/Referenten (bezogen auf die o. a. Veranstaltungen): 10
- Teilnehmer an den Veranstaltungen insgesamt (bezogen auf die o. a. Veranstaltungen): 73

FOTOS: ANDREAS TIWM

ver.di Bildungswerk Hamburg e.V.
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
Tel.: 040/28 58 1181
Fax: 040/28 58 1189
nursen.rencker-luedemann@verdi.de

Verein für politische Bildung e.V.

Der Verein für politische Bildung e.V. ist seit 1982 Anbieter für politische Bildung. Der Verein wurde von Vertretern der in der damaligen Bürgerschaft befindlichen Parteien und Repräsentanten parteiübergreifend gegründet. Den Vorstand bildeten Ole von Beust (CDU), Claus Weiß (SPD) und Amadeus Hempel (FDP). Der Verein bemühte sich von Anfang an um die Integration von Menschen, die aus anderen politischen Systemen zugewandert sind und um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Viele Zuwanderer kamen und kommen aus autoritären Systemen. Deshalb ist es ein Ziel des Vereins, ihnen zu zeigen, dass unterschiedliche parteipolitische Zugehörigkeit kein Hindernis für einen gesellschaftlichen Grundkonsens darstellt. Ein besonderes Anliegen des Vereins ist es, den Dialog zwischen Einheimischen und Zuwanderern zu fördern. Wenn einheimische Deutsche an einem Bildungsurlaub mit IranerInnen, AfghanInnen, SpätaussiedlerInnen oder jüdischen Emigranten teilnehmen, wird nicht übereinander, sondern miteinander gesprochen.

Rathausseminare

Zu den Angeboten des Vereins gehören die fast wöchentlich stattfindenden Rathausseminare. Sie werden im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt und finden in den Räumlichkeiten der Landeszentrale statt. Die Zielgruppe bilden vorwiegend junge, erwachsene Zuwanderer, die als

Spätaussiedler, Kontingentflüchtlinge, Asylberechtigte oder andere Ausländer in Fördermaßnahmen von der Bundesagentur für Arbeit, dem Garantiefonds Hochschule oder dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert werden. Inhaltliche Schwerpunkte dieser rund 3-stündigen Veranstaltungen sind die Vermittlung der Bedeutung von Politik im täglichen Leben jedes Einzelnen und die Darstellung von politischen Zusammenhängen unter Berücksichtigung der persönlichen Situation der TeilnehmerInnen sowie die Vermittlung der gesetzlichen Grundlagen z. B. zur Sprachkursfinanzierung,



Politisches Seminar, Kleingruppenarbeit



Besichtigung des Hamburger Rathauses

Arbeitsvermittlung, Wohngeld etc. Vermittelt werden auch die Grundzüge der historischen, politischen und ökonomischen Entwicklung Hamburgs bis heute.

Die Hamburger Staatsorgane mit deren Aufbau, Aufgaben, Kompetenzen und die aktuelle Zusammensetzung der Bürgerschaft und des Senats werden den TeilnehmerInnen vorgestellt, ebenso wird der politische Aufbau Hamburgs mit den Aufgaben der Fachbehörden und Deputationen sowie der Bezirksversammlungen erläutert. Thematisiert wird auch die Bedeutung Hamburgs als Bundesland der Bundesrepublik Deutschland und damit auch die beson-

dere Situation der Stadtstaaten. Die Seminare werden als Referentenvorträge in der Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt, bieten die Möglichkeit für Diskussionen bzw. Rückfragen und schließen in der Regel mit einer Rathausführung ab, die die Bedeutung des Rathauses als aktives und lebendiges Zentrum der Hamburger Politik veranschaulicht und es als „offenes“ und „öffentliches“ Gebäude als Beispiel für Transparenz und Mitwirkung der Bürger in einer Demokratie zeigt.

Im Jahr 2007 wurden rund 50 Rathausseminare durchgeführt.

FOTOS: VEREIN FÜR POLITISCHE BILDUNG

Bildungsurlaubsseminare

Zum Programm der politischen Weiterbildung gehören auch die in der Regel einwöchigen Bildungsurlaubsseminare des Vereins für politische Bildung. Hier können interkulturelle Begegnungen stattfinden. In den Seminaren entstehen neue Kontakte und größeres gegenseitiges Verständnis in einer interkulturellen Gesellschaft. Da in Hamburg besonders viele IranerInnen und AfghanInnen leben, richten sich einige Seminarangebote speziell an diese Zuwanderergruppe. Die Bildungsurlaubsseminare werden auch von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

2007 konnte der Verein für politische Bildung Hamburg e.V. folgende Seminare durchführen:

25.03. – 31.03.2007 „Von Weimar über Bonn nach Berlin“ – Deutsche Geschichte im 20. und 21. Jahrhundert – 7-tägiges Bildungsurlaubsseminar in der VHS Klappholttal in List/Sylt.

Dieses Seminar bietet einen Streifzug durch die deutsche Geschichte von der Kaiserzeit bis heute. An dem Seminar nahmen Spätaussiedler, jüdische Emigranten und einheimische Deutsche teil. Eingeleitet wird das Seminar mit der Darstellung der Teilnehmer eigener, selbst erlebter historischer Ereignisse, die aufgrund der unterschiedlichen Altersgruppen sehr variieren können. Es ergaben sich folgende inhaltliche Themenkomplexe: Kaiserreich, I. Weltkrieg, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, II. Weltkrieg, Nachkriegszeit und Kalter Krieg, Wiederver-

einigung Deutschlands, Europäische Union sowie Geschichte der Russlanddeutschen. Grundsätzliche Arbeitsbereiche waren außerdem Informationen zum Aufbau und der politischen Arbeit in einer Demokratie sowie die Motivation zur aktiven Auseinandersetzung mit Tagespolitik. Teilnehmenden, deren politische Grunderfahrungen außerhalb der Bundesrepublik gemacht wurden, wurden dabei die Perspektiven und Möglichkeiten einer aktiven Teilnahme am politischen Leben in Deutschland aufgezeigt.

15.07. – 19.07.2007 „12. Hamburger-Afghanistan-Woche, Afghanisch-Deutsche Begegnungen“ – 5-tägiges Bildungsurlaubsseminar im Jugendheim Lichtensee in Hoisdorf.

Wie der Titel schon vermuten lässt, fanden die Afghanisch-Deutschen Begegnungen bereits zum 12. Mal statt. Der Teilnehmerkreis setzte sich aus einheimischen Deutschen, die zum Teil Erfahrungen in Afghanistan (Entwicklungshilfe, Straßenbau, Bildungsträger, Bundeswehr) gesammelt hatten sowie Afghanen (mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus) zusammen. Aktuelle Berichte aus Afghanistan und die Situation der Afghanen in Deutschland werden allseitig beleuchtet. Nur durch die Förderung als Familienseminar mit Kinderbetreuung konnten auch Frauen mit ihren Kindern teilnehmen.

06.08. – 10.08.2007 „Deutschland und seine ausländischen Mitbürger, Schwerpunkt Iran“ – 5-tägiges Bildungsurlaubsseminar im Naturfreundeheim Johann-Simonis-Haus in Seevetal.

Für viele, die sich mit dem Iran und seiner Geschichte der Zuwanderung der Iraner auseinandersetzen, ist dieses Seminar mittlerweile eine Institution. Seit über 20 Jahren begegnen sich hier neue und vormals aus dem Iran Zugewanderte mit interessierten einheimischen Deutschen. Gerade die aktuelle politische Situation, die auch Ängste in Deutschland auslöst, verlangt nach mehr Information. Experten von Universitäten, Vertreter von Menschenrechtsorganisationen und andere geben ein möglichst identisches Bild der Situation im Iran. Darüber hinaus wird ebenfalls die Lebenssituation der Teilnehmer wie Anerkennung von Studienabschlüssen, Zertifikaten, Probleme mit dem Arbeitslosengeld politisch wie praktisch behandelt.

22.10.- 26.10.2007 „Kabarett und Satire im Spiegel der Geschichte“ – 5-tägiges Bildungsurlaubsseminar in der VHS Klappholtal in List/Sylt.

Satire und Humor setzen ein tiefes Verständnis der anderen Kultur voraus. Dieses Seminar beleuchtet die Geschichte des Kabarett in der Kaiserzeit vom Überbrettel in Berlin über die Weimarer Republik mit z. B. Kurt Tucholsky und der Kleinkunst unterm Hakenkreuz bis in die Gegenwart. Die Teilnehmer erfahren den Kontext zur jeweiligen Geschichte, indem sie auf der einen Seite Texte, Film- und Tondokumente der Zeit „erleben“ und auf der anderen Seite die jeweiligen Texte vortragen. Auch die Zuwanderer, i. d. R. Spätaussiedler und jüdische Emigranten, vermittelten den Einheimischen Beispiele satirischer Darstellungen und Literatur.

- Anzahl der von der Landeszentrale geförderten Veranstaltungen: 54
- Anzahl der Mitarbeiter: Der Verein verfügt über keine hauptamtlichen Mitarbeiter. Die Seminare werden vom Vorstand und mit Hilfe freier Referenten organisiert und durchgeführt. An den im Jahr 2007 durchgeführten Seminaren waren 23 Referenten beteiligt
- Anzahl der Teilnehmer/innen: 863

Verein für politische Bildung e.V.
c/o Interkulturelle Bildung e.V.
Hübbesweg 9
22537 Hamburg
Amadeus Hempel
Tel.: 040 / 2 19 61 72
Fax: 040 / 2 19 43 21
Amadeus.Hempel@ibhev.de

Der Volkshochschulverein Hamburg-Ost e.V. fördert und ergänzt die Arbeit der Hamburger Volkshochschule (VHS) auch mit eigenen Veranstaltungen auf der Basis eines Kooperationsvertrags. Er wird ehrenamtlich geführt und ist überwiegend in der Region Ost der VHS tätig. Ein besonderes Anliegen ist ihm die Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Deshalb bietet er seit Jahrzehnten in Zusammenarbeit mit dem Bereich Deutsch als Fremdsprache (DaF) der VHS hierfür Veranstaltungen an, die von der Behörde für Bildung und Sport – Landeszentrale für Politische Bildung – gefördert werden. Pädagogisch ausgebildete „freie“ Kursleitungen, die jahrzehntelang bewährt bei DaF tätig sind, leiten die Seminare. Aktuelle politische Themen werden im Volkshochschulzentrum Farmsen als Einzelveranstaltungen behandelt und werden stets von zahlreichen Menschen – meist deutscher Nationalität – besucht.

Zu unserer Arbeit mit Migrantinnen und Migranten:

Die Nationalität, das Alter, der Bildungshintergrund und auch die Sprachkompetenz unserer Teilnehmenden ist sehr heterogen: Unsere Seminare sind deshalb von längerer Dauer, nämlich 6 (ein Abend), 18 (jeweils Freitag und Sonnabend an zwei Wochenenden) oder 60 Unterrichtsstunden (ganztägig zwei Wochen montags bis freitags, auch als Bildungsurlaubsveranstaltung anerkannt). Wir passen außer-

dem unseren Unterricht und die von uns verwendeten Unterrichtsmethoden immer wieder den individuellen Lernvoraussetzungen der Teilnehmenden an.

Das Unterrichtsmaterial ist speziell für unsere Zielgruppe aufbereitet. Wir arbeiten oft in Kleingruppen, setzen Fotos, Karikaturen, Video- und Audiomaterial ein, erstellen Wandzeitungen und machen interessante Exkursionen. Dies sichert eine aktive Beteiligung am Unterrichtsverlauf.



Wochenendseminar, Dezember 2007



Bildungsurlaub, Museum der Arbeit, Oktober 2007



Wochenendseminar, Oktober 2007

Unsere Themen sind teilnehmendenorientiert. Dem großen Interesse der Migrantinnen und Migranten an der Geschichte entsprechen wir durch Informationen über

- Deutschland im vergangenen Jahrhundert,
- Hamburg – vom Auswandererhafen zur Einwandererstadt,
- Streifzüge durch Hamburgs Geschichte,
- Lebens- und Arbeitswelt Hamburger Hafen – Strukturwandel in Hamburgs Wirtschaftszentrum

und fördern so ihre Identifikation mit ihrer neuen Heimatstadt. Aber auch globalere Themen finden regen Zuspruch:

- Arme Welt – reiche Welt – eine Welt, oder
- Zukunft ohne Arbeit – Arbeit ohne Zukunft? Arbeitslosigkeit – wirtschaftliche Fakten, Hintergründe, Analysen und Zukunftsperspektiven.

Wir freuen uns über die positive Resonanz auf unsere Seminare auch im Jahr 2007. Dies ist ein Erfolg unserer inzwischen jahrzehntelangen Arbeit mit Migrantinnen und Migranten.

„In 50 Jahren wird Wasser kostbarer sein als Gold und strategisch bedeutender als Erdöl“. So steht es in einer Studie der Vereinten Nationen. Wir werden – auf Anregung von Teilnehmenden unserer Seminare – ab 2008 ein Seminar zum Thema „Wasser – Das blaue Gold“ anbieten.

- Anzahl geförderter Veranstaltungen: 4
- Teilnehmende: 64
- Teilnehmertage: 352
- Anzahl der Mitarbeiter: 6

Volkshochschulverein Hamburg-Ost e.V.
Bernner Heerweg 183
22159 Hamburg
Telefon 040 / 428 853 255
Kontaktperson für politische Bildung:
Gabriele Oberstenfeld, Tel. 040 / 68 98 4198
gabriele.oberstenfeld_walz@alice-dsl.de

Lernen für lau:
gratis Lernen **S. 28**

Geld vom Chef **S. 25**

Erfolgswelder!
Jetzt überall in Hamburg erhältlich – in Bücherhallen,
Weiterbildungseinrichtungen, Beratungsstellen u.v.a.m.

Mit Bildung Steuern
sparen **S. 30**

Seminare und Kurse „auf Rezept“:
Bildungsgutschein **S. 22**

Die Mutmacher: Lernen lohnt sich **S. 12**

Mehr Geld für Ihre Weiterbildung

Die Landeszentrale für politische Bildung ist Teil der Behörde für Bildung und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg. Ein pluralistisch zusammengesetzter Beirat sichert die Überparteilichkeit der Arbeit.

Zu den Aufgaben der Landeszentrale gehören:

- Herausgabe eigener Schriften
- Erwerb und Ausgabe von themengebundenen Publikationen
- Koordination und Förderung der politischen Bildungsarbeit
- Beratung in Fragen politischer Bildung
- Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen
- Finanzielle Förderung von Veranstaltungen politischer Bildung
- Veranstaltung von Rathausseminaren für Zielgruppen
- Öffentliche Veranstaltungen

Unser Angebot richtet sich an alle Hamburgerinnen und Hamburger.

Die Informationen und Veröffentlichungen können Sie während der Öffnungszeiten des Informationsladens abholen. Gegen eine Bereitstellungspauschale von 15 EUR pro Kalenderjahr erhalten Sie bis zu 6 Bücher aus einem zusätzlichen Publikationsangebot.

Die Landeszentrale Hamburg arbeitet mit den Landeszentralen der anderen Bundesländer und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Unter der gemeinsamen Internet-Adresse www.politische-bildung.de werden alle Angebote erfasst.

Die Büroräume befinden sich in der Steinstraße 7, 20095 Hamburg.

Erreichbarkeit:

Telefon: (040) 4 28 54-21 48

(Sprechzeiten Mo, Di, Mi: 10.00–12.00 Uhr;

Do: 13.30–15.30 Uhr)

Telefax: (040) 4 28 54-21 54

PolitischeBildung@bbs.hamburg.de

www.politische-bildung.hamburg.de

Der Informationsladen ist in der Altstädter Straße 11, 20095 Hamburg.

Öffnungszeiten:

Mo bis Do: 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr,

Fr: 13.30 Uhr bis 16.30 Uhr

In den Hamburger Sommerschulferien:

Mo bis Fr: 12.00 Uhr bis 15.00 Uhr

